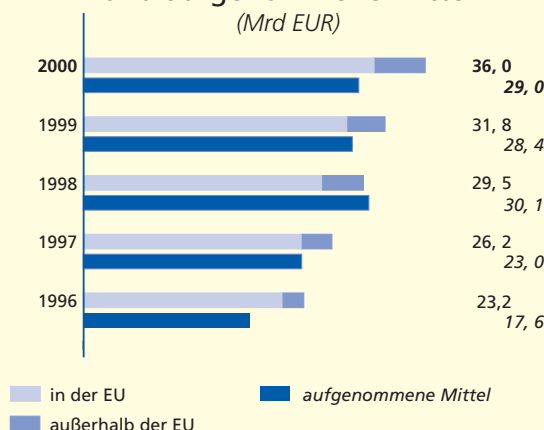


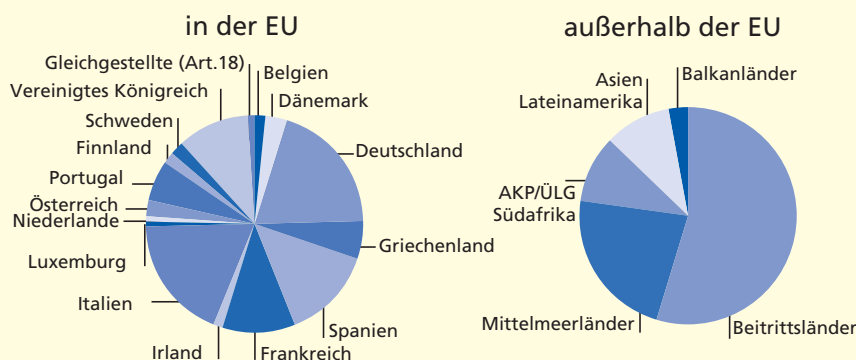
Inhaltsverzeichnis

Die EIB im Jahr 2000	1
Philippe Maystadt: Die EIB – ein effizienter und flexibler Partner	7
Die EIB in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments	10
Die EIB engagiert sich für den Klimaschutz	11
TEN: Verlagerung des Schwergewichts von Nord-Süd nach Ost-West	14
Neue Fazilität für Strukturierte Finanzierungen	18
Wachstum der euro- päischen „E-conomy“: Die Auswirkungen der neuen Technologien	19
Die EIB-Gruppe unterstützt den audio- visuellen Sektor in Europa	22
Ernennungen	24

Unterzeichnete Finanzierungsverträge und aufgenommene Mittel



Geografische Aufgliederung der im Jahr 2000 unterzeichneten Verträge



Wichtigste Ent- wicklungen im Jahr 2000

- Die neue Innovation-2000-Initiative (i2i) zur Förderung einer auf Wissen und Innovation basierenden europäischen Wirtschaft
- Deutliche Erhöhung der Finanzierungen zugunsten von KMU und Umweltschutzvorhaben
- Starke Unterstützung zugunsten der wirtschaftschwächeren Regionen, denen mehr als zwei Drittel der gesamten Einzeldarlehen in der EU zugute kamen
- Anstieg der Finanzierungen in den Beitrittsländern um 24% und lebhaftere Tätigkeit in den anderen Nachbarländern der EU.

Die EIB im Jahr 2000

Im Jahre 2000 hat die EIB zur Finanzierung von Vorhaben, die zum Erreichen der politischen Ziele der EU beitragen, insgesamt 36 Mrd EUR (+13% gegenüber 1999) bereitgestellt.

Davon kamen 30,6 Mrd EUR Projekten in den EU-Mitgliedsländern zugute, während in den Beitrittsländern fast 3 Mrd EUR und in anderen Ländern mehr als 2,4 Mrd EUR vergeben wurden.

Zur Refinanzierung dieser Darlehen nahm die EIB auf den internationalen Kapitalmärkten 29 Mrd EUR auf.

Am 31. Dezember 2000 belief sich die Bilanzsumme der EIB auf 219,2 Mrd EUR. Die ausstehenden Anleiheverbindlichkeiten erreichten 160 Mrd EUR und die ausstehenden Darlehen 199 Mrd EUR.

Errichtung der EIB-Gruppe

Im Juni 2000 wurde die EIB mehrheitlicher Anteilseigner des EIF und für seine Tätigkeit zuständig. In der dadurch entstandenen Gruppe ist die EIB weiterhin für die Durchführung mittel- und langfristiger Finanzierungen verantwortlich, während der EIF zur spezialisierten Tochtergesellschaft für Operationen im Bereich Wagniskapital und Garantien zugunsten von KMU wurde.

Somit kann die EIB-Gruppe über ihre spezialisierten Bankpartner KMU die gesamte Palette von Finanzprodukten anbieten, die diese zu ihrer Weiterentwicklung und zur Anpassung an ein sich wandelndes wirtschaftliches Umfeld benötigen. ■



Die EIB engagiert sich für den Klimaschutz, siehe S.11



Finanzierungen in der EU

Innovation-2000-Initiative

Die EIB leitete diese Initiative ein, um die vom Europäischen Rat Lissabon (März 2000) beschlossene Strategie zu unterstützen, die die Schaffung eines auf Wissen und Innovation basierenden Europas zum Ziel hat.

Die von der EIB-Gruppe im Rahmen dieser Initiative vergebenen Darlehen sollen den folgenden Bereichen zugute kommen: Förderung von KMU und Unternehmergeist, Verbreitung von Innovationen, Forschung und Entwicklung, Informations- und Kommunikationsnetze sowie Entwicklung des Humankapitals. Das i2i-Programm umfasst auch die Unterstützung von Vorhaben des audiovisuellen Sektors und der Filmindustrie in Europa, um die finanzielle Basis dieser Bereiche und ihre Fähigkeit zu stärken, den Übergang zur Digitaltechnik zu bewältigen.

Seit Mai 2000 wurden im Rahmen der i2i Darlehen über insgesamt 1,6 Mrd EUR unterzeichnet. Sie betreffen Vorhaben im Bereich Kommunikationsnetze (965 Mio EUR) und im Bildungswesen (450 Mio EUR), hier vor allem die Förderung der EDV-Kompetenz und Unterrichtseinrichtungen. Außerdem wurden Risikokapitaloperationen über rund 215 Mio EUR zugunsten innovativer KMU unterzeichnet.

Die EIB erwartet, dass sie im Rahmen dieser Initiative in den nächsten drei Jahren zwischen 12 und 15 Mrd EUR vergeben wird, und zwar zusätzlich zu den Mitteln, die für die Ausweitung der Risikokapitaloperationen durch den EIF vorgesehen sind.

Deutliche Erhöhung der Finanzierungen zugunsten von KMU

Die Unterstützung der EIB für Investitionen von KMU belief sich auf 6,2





EIB-Darlehen von 2,8 Mrd EUR waren für Vorhaben im Bereich städtische Umwelt bestimmt, z.B. für den öffentlichen Nahverkehr wie hier in Montpellier

Mrd EUR (+44% gegenüber 1999); davon entfielen über 5,7 Mrd EUR auf traditionelle Globaldarlehen (eine Art Kreditlinie an Partnerbanken in dem betreffenden Land), mit denen Investitionen von etwa 27 000 KMU gefördert wurden. Weitere 450 Mio EUR trugen zur Finanzierung von 24 Wagniskapitalfonds in zehn EU-Ländern bei, die Beteiligungen an innovativen, im Hochtechnologiebereich tätigen KMU übernehmen und so deren Eigenkapitalbasis stärken.

Im Juni 2000 verdoppelte der Rat der Gouverneure der Bank den Rahmen für Wagniskapitalfinanzierungen der EIB-Gruppe auf 2 Mrd EUR bis zum Jahre 2003. Für die Risikokapitaloperationen der Gruppe ist der EIF, die auf Wagniskapitalfinanzierungen und Garantien für KMU spezialisierte Tochtergesellschaft der Gruppe, zuständig. Die Tätigkeit des EIF konzentriert sich auf die Mitgliedstaaten, jedoch werden seine Risikokapitaloperationen nunmehr schrittweise auf die Beitrittsländer ausgeweitet, um das Entstehen von Hochtechnologieunternehmen zu fördern.

... und Umweltschutzprojekten

Bei den Finanzierungen der Bank zugunsten von Umweltschutzprojekten kam es zu einem deutlichen Anstieg auf 6,4 Mrd EUR (+39% gegenüber 1999). Die Finanzierungen zugunsten der natürlichen Um-

welt (Wasser und Abfallwirtschaft sowie Reduzierung schädlicher Industrieemissionen) beliefen sich auf 3,6 Mrd EUR. Für Vorhaben im Bereich städtische Umwelt wurden Darlehen von 2,8 Mrd EUR gewährt, insbesondere in den Bereichen öffentlicher Nahverkehr und Stadtentwicklung.

Regionalentwicklung

Die EIB, deren Hauptaufgabe in der Förderung einer regional ausgewogenen Entwicklung der EU besteht, setzte ihre Unterstützung der Modernisierung von Industrie und Infrastruktur in weniger entwickelten Regionen fort. Die gesamte Darlehensvergabe zugunsten dieser Gebiete belief sich auf 20 Mrd EUR. Davon entfielen 13,7 Mrd EUR auf Einzeldarlehen (dies entspricht 73% aller in der EU gewährten Einzeldarlehen) und 6,2 Mrd EUR auf Globaldarlehen, mit denen kleinere Projekte von KMU und regionale Infrastrukturvorhaben gefördert wurden. 45% der Einzeldarlehen gingen in die Kohäsionsländer (Spanien, Griechenland, Irland und Portugal).

Die Finanzierungen der EIB zugunsten der Regionalentwicklung sind ein integraler Bestandteil der Struktur- und Kohäsionspolitik der EU. Im Januar 2000 unterzeichneten die EIB und die Kommission ein Abkommen, in dem eine noch engere Abstimmung ihrer Regionalentwicklungsmaßnahmen im Zeitraum 2000-2006 in den Mitgliedstaaten und den Bei-

Wichtigste Angaben für das Jahr 2000 (Mrd EUR)

Unterzeichnete Finanzierungsverträge insgesamt	36,0
davon in der Union	30,6
außerhalb der Union:	
- Beitrittsländer	2,9
- Sonstige Länder	2,4
Ausstehende Darlehen	198,9
Mittelbeschaffung	29,0
Ausstehende Anleiheverbindlichkeiten	159,9
Bilanzsumme	219,2
Gezeichnetes Kapital	100,0
- davon eingezahlt	6,0

trittsländern vereinbart wird. Dieses Abkommen sieht insbesondere die Kofinanzierung von Investitionsvorhaben (durch EIB-Darlehen und Zuschüsse aus EU-Haushaltsmitteln) vor.

TEN und Humankapital

Die Finanzierungen zugunsten von Infrastrukturprojekten in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation beliefen sich auf insgesamt 6,6 Mrd EUR, und für das Gesundheits- und das Bildungswesen wurden 1,2 Mrd EUR zur Verfügung gestellt. Auf diesen Gebieten hat die EIB verstärkt an der Finanzierung von Projekten im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften mitgewirkt (z.B. an Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastrukturprojekten im Vereinigten Königreich, in Griechenland, Portugal, Deutschland und in den Beitrittsländern sowie an Vorhaben im Bildungswesen im Vereinigten Königreich).

Unterzeichnete Darlehensverträge 2000 und 1996-2000 (in Mio EUR)

LAND	2000		1996-2000	
	Betrag	%	Betrag	%
Belgien (BE)	503	1,4	3 384	2,3
Dänemark (DK)	991	2,8	4 060	2,8
Deutschland (DE)	6 038	16,8	23 281	15,9
Griechenland (GR)	1 712	4,8	5 335	3,6
Spanien (ES)	4 199	11,7	16 667	11,4
Frankreich (FR)	3 323	9,2	15 684	10,7
Irland (IE)	419	1,2	1 165	0,8
Italien (IT)	5 640	15,7	21 718	14,8
Luxemburg (LU)	200	0,6	510	0,3
Niederlande (NL)	260	0,7	2 161	1,5
Österreich (AT)	735	2,0	2 744	1,9
Portugal (PT)	1 852	5,1	7 604	5,2
Finnland (FI)	525	1,5	2 356	1,6
Schweden (SE)	621	1,7	3 600	2,5
Vereinigtes Königreich (GB)	3 303	9,2	15 877	10,8
Sonstige	321	0,9	1 286	0,9
<i>Europäische Union insgesamt</i>	<i>30 644</i>	<i>85,0</i>	<i>127 431</i>	<i>86,8</i>
Beitrittsländer	2 948	8,2	10 398	7,1
(davon Vor-Beitritts-Fazilität)	1 618	4,5	4 455	3,0
<i>Beitrittsländer insgesamt</i>	<i>2 948</i>	<i>8,2</i>	<i>10 398</i>	<i>7,1</i>
Mittelmeerländer (ohne Zypern, Malta)	1 214	3,4	4 595	3,1
AKP/ÜLG, Südafrika	541	1,5	2 459	1,7
Asien, Lateinamerika	532	1,5	1 627	1,1
Balkanländer	154	0,4	318	0,2
<i>Partnerländer insgesamt</i>	<i>2 441</i>	<i>6,8</i>	<i>8 999</i>	<i>6,1</i>
Insgesamt	36 033	100,0	146 828	100,0

Weitere Einzelheiten über die Projekte sind der Unterlage „Die Darlehen der EIB im Jahr 2000“ zu entnehmen. Diese Broschüre sowie weitere Informationen über die Tätigkeit und die Organisation der EIB-Gruppe sind auf den Websites www.eib.org und www.eif.org zu finden.

Beitrittsländer

Die Finanzierungen der EIB in den Beitrittsländern konzentrierten sich in erheblichem Maße auf Verkehrs- und Telekommunikationsprojekte, die Verbindungen zwischen diesen Ländern und der EU schaffen (auf den Verkehrskonferenzen von Kreta und Helsinki festgelegte Verkehrskorridore). Die Investitionen werden den betreffenden Staaten die Teilnahme am und die Integration in den europäischen Binnenmarkt ermöglichen, während sie gleichzeitig den wirtschaftlichen Aufholprozess fortsetzen. Von den Darlehen über insgesamt 3 Mrd EUR entfielen 960 Mio EUR auf Verkehrsinfrastrukturprojekte, insbesondere auf den Straßen- und Autobahnbau (765 Mio EUR), während 175 Mio EUR dem Schienenverkehr zugute kamen.

Besonderes Schwergewicht wurde auch der Modernisierung der Industrie, einschließlich KMU, beigemessen.

Finanzierungen in Nachbarregionen der EU



Die EIB misst der Modernisierung von KMU besondere Bedeutung bei.



Die EIB hat sich an der Finanzierung des Straßenbahnnetzes in Budapest (Ungarn) beteiligt

Auch wurden zunehmend solche Projekte mitfinanziert, die den Beitrittsländern die Einhaltung der Umweltstandards ermöglichen, die Bestandteil des *acquis communautaire* sind. Für Projekte im Umweltbereich wurden 745 Mio EUR bereitgestellt, was nahezu ein Viertel der gesamten Ausleihungen der EIB in diesen Ländern ausmacht. Davon entfielen auf Wasser- und Abwasserprojekte 190 Mio EUR und auf Vorhaben zur Verbesserung der städtischen Umwelt, vor allem den öffentlichen Nahverkehr betreffend, mehr als 305 Mio EUR, während 250 Mio EUR für Instandsetzungsarbeiten nach den Überschwemmungen in Rumänien bestimmt waren.

Die EIB wird ihre Maßnahmen zur Unterstützung des Heranführungsprozesses weiter verstärken. Hierfür wird sie sowohl das von der EU für den Zeitraum 2000-2007 erteilte Finanzierungsmandat über 8,7 Mrd EUR als auch ihre eigene, 8,5 Mrd EUR umfassende Vor-Beitritts-Fazilität (2000-2003) einsetzen, bei der die Mittelvergabe ausschließlich auf ihr eigenes Risiko erfolgt. Dadurch wird sich die Stellung der EIB als die wichtigste Fremdmittelquelle für Vorhaben in Mittel- und Osteuropa weiter festigen.

Die EIB hat zur Vorbereitung auf die Erweiterung und zur besseren Abwicklung der Operationen ihre für die Finanzierungen in der EU und in den Beitrittsländern zuständigen Direktionen in einer einzigen Direktion zusammengefasst.

Mittelmeerraum

In den Drittländern des Mittelmeerraums hat die EIB hauptsächlich im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer Darlehen über insgesamt 1,2 Mrd EUR vergeben. Die Mittel kamen überwiegend der Modernisierung des privaten Sektors (einschließlich KMU), der Weiterentwicklung des Finanzsektors der jeweiligen Länder, dem Ausbau der Infrastruktur und der Verbesserung des Umweltschutzes zugute.

Ferner hat die Bank ihre Aktivitäten in Syrien wieder aufgenommen und durch die Finanzierung von Projekten im Gazastreifen und Westjordanland weiter zur Förderung des Friedensprozesses in der Region beigetragen. Von dem Gesamtbetrag waren 575 Mio EUR für Projekte in der Türkei bestimmt, die größtenteils im Rahmen des TERRA-Programms für die Finanzierung vorrangiger Sanie-

rungs- und Wiederaufbauarbeiten in den durch die Erdbeben zerstörten Gebieten bereitgestellt wurden.

Stabilitätspakt für Südosteuropa

Die EIB hat als Beitrag zur Umsetzung des Stabilitätspakts für Südosteuropa insgesamt 154 Mio EUR in dieser Region vergeben. Neben der Europäischen Kommission, der Weltbank und der EBWE beteiligt sie sich an den sogenannten „Quick-Start“ und „Near-Term“-Programmen.

Im einzelnen hat die EIB Mittel für die Wiederherstellung der Stromübertragungs- und -verteilungsnetze in Bosnien und Herzegowina, für den Bau der Donaubrücke, die Bulgarien und Rumänien verbindet, sowie für den Ausbau der wichtigsten Nord-Süd-Straßenverbindung in Albanien zur Verfügung gestellt.

Ende 2000 wurde ein Rahmenabkommen über die Finanzierungstätigkeit der EIB in Kroatien geschlossen. Außerdem prüft der Rat derzeit ein Mandat für Finanzierungen der EIB in der Bundesrepublik Jugoslawien.

Finanzierungen in sonstigen Drittländern

In Lateinamerika wurden Darlehen von insgesamt 400 Mio EUR und in Asien von insgesamt 130 Mio EUR vergeben. Mehr als ein Viertel der Darlehen war für Vorhaben des privaten Sektors bestimmt, wobei insbesondere Joint Ventures mit europäischen Unternehmen und Banken gefördert wurden.

Besonderes Gewicht wurde auf die Finanzierung von Investitionen des privaten Sektors in den AKP-Ländern gelegt, wobei sowohl kleine als auch große Unternehmen unterstützt wurden. Von den insgesamt vergebenen 400 Mio EUR wurden 210 Mio EUR in Form von Risikokapitalmitteln bereitgestellt, die aus dem EU-Haushalt stammten. In der Republik Südafrika vergab die Bank außerdem 140 Mio EUR für kleine Infrastrukturvorhaben, Telekommunikationsprojekte und Vorhaben im Produktionssektor.

Im Rahmen der HIPC-Initiative zugunsten hochverschuldeter Entwicklungsländer leistet die EIB einen Beitrag von bis zu 70 Mio EUR zum Schuldenerlass für voraussichtlich zwölf Länder.

Mittel- beschaffung

Die EIB muss darum bemüht sein, ihre Mittelbeschaffungskosten so niedrig wie möglich zu halten, damit sie Darlehen zu günstigsten Konditionen gewähren und so die Investitionstätigkeit fördern kann.

Im Jahr 2000 nahm die EIB durch 149 Operationen 29 Mrd EUR in 11 Währungen auf, wobei 49,5% in GBP, 23% in EUR, 21% in USD und der verbleibende Betrag in CHF, Währungen der mittel- und osteuropäischen Länder, HKD, JPY, TWD und ZAR beschafft wurden.

Nach Swaps entfiel die Mittelbeschaffung der EIB im Wesentlichen auf drei Währungen: 42,5% in EUR, 38% in GBP und 13,5% in USD.

Die umfangreiche Mittelaufnahme im GBP-Bereich ist Ausdruck der äußerst kostengünstigen Mittelbeschaffungsmöglichkeiten in dieser Währung, die die Bank nutzen konnte (wozu noch günstige Konditionen für den Swap von GBP in EUR hinzukamen). Die Bank konnte somit auf diesem Markt, auf dem die Neuemissionen des britischen Staates rückläufig sind, ihre Position als nichtstaatlicher Emittent von Referenzanleihen etablieren.

Die Mittelaufnahme im EUR-Bereich war 2000 aufgrund der weniger günstigen Mittelbeschaffungskonditionen rückläufig. Diese schlechteren Bedingungen resultierten insbesondere aus dem anhaltenden Wertverlust des Euro und der damit verbundenen rückläufigen Nachfrage amerikanischer und asiatischer Anleger nach auf EUR lautenden Anleihen.

Trotz der geringeren Aufnahmebereitschaft der Märkte konnte die EIB ihre bestehenden, auf EUR lautenden Referenzanleihen (EARN - Euro Area Reference Notes) durch regelmäßige Wiedereröffnungen (neue Anleiheemissionen mit demselben Zinssatz und derselben Laufzeit wie bereits existierende Anleihen, wo-

durch deren Umfang und Liquidität erhöht werden konnte) und die Emission zusätzlicher Anleihen mit Laufzeiten bis zum Jahr 2010 erweitern.

Die ausstehenden Referenzanleihen der EIB umfassen nun ein Laufzeitspektrum von 2003 bis 2010 sowie ein Volumen von jeweils 26 Mrd EUR und beliefen sich zum Jahresende auf insgesamt rund 29 Mrd EUR.

Die Bemühungen der EIB um höhere Liquidität ihrer Referenzanleihen und Vervollständigung ihrer Renditekurve sind Ausdruck ihrer Unterstützung für den Euro sowie ihrer führenden Rolle als supranationaler Emittent in dieser Währung. Die EIB ist nunmehr der einzige nichtstaatliche Emittent, der bei auf EUR lautenden Referenzanleihen, die über MTS-Plattformen gehandelt werden, eine vollständige Renditekurve bietet.

Der USD stellte weiterhin eine wichtige Währung zur Aufnahme von kürzerfristigen Mitteln dar und bot aufgrund der Transparenz, des Umfangs und der einzigartigen Liquidität des Dollar-Markts hervorragende Möglichkeiten für Währungs-Swaps. Neuemissionen wurden in Form der Erweiterung bestehender Referenzanleihen durchgeführt.

Die Bank war auch auf den asiatischen Märkten vertreten und konnte sich als bedeutender Emittent in Hongkong und Taiwan etablieren.

Die EIB hat ihre Bemühungen um die Aufnahme von Mitteln in den Währungen der Beitrittsländer fortgesetzt, und zwar sowohl auf den jeweiligen Inlandsmärkten als auch auf dem Euromarkt.

Aufgrund ihrer hervorragenden Krediteinstufung kann die Bank weiterhin Anleihen mit längerer Laufzeit begeben, die auf die Währungen dieser Länder lauten, wodurch sie einen Beitrag zur Vertiefung dieser Kapitalmärkte leistet. Die in den Währungen der Beitrittsländer aufgenommenen Mittel werden an Projektträger in der jeweiligen Region weitergeleitet. Die Möglichkeit für Projektträger, Darlehen in der Landeswährung zu erhalten, schaltet Wechselkursrisiken aus und stellt daher einen beträchtlichen Anreiz für die Durchführung von Investitionen dar, die es ihrerseits wiederum den Beitrittsländern ermöglichen, den Rückstand gegenüber dem Produktivitäts- und Einkommensniveau in der EU aufzuholen. ■





Brüssel, im Februar 2001:
Der Präsident der EIB gibt einen Überblick über die Tätigkeit der Bank im Jahre 2000

Philippe Maystadt: Die EIB - ein effizienter und flexibler Partner

Vor genau einem Jahr hatte ich erst wenige Monate zuvor die Leitung der EIB für einen Zeitraum von sechs Jahren übernommen. Ich trat dieses Amt mit der Absicht an, verschiedene Initiativen zu ergreifen, um die Effizienz der Bank zu steigern, ihre Instrumente und Tätigkeitsgebiete zu diversifizieren und den Dialog mit unseren Partnern in der Europäischen Union und in der Zivilgesellschaft zu intensivieren.

Vor diesem Hintergrund freut es mich, heute hervorheben zu können, dass die EIB unter Wahrung ihrer außergewöhnlichen finanziellen Solidität und Aufrechterhaltung ihres umfangreichen Know-how bei der Finanzierung von Projekten erfolgreich mehrere Umstrukturierungen abgeschlossen hat. Durch diese Veränderungen konnte die Bank ihre Fähigkeit stärken, wichtige Investitionsvorhaben in der Europäischen Union und in den Beitrittsländern wirksam zu unterstützen:

- Im Juni 2000 wurde die EIB mehrheitlicher Anteilseigner des Europäischen Investitionsfonds (EIF) und damit für seine Tätigkeit zuständig. Im Rahmen der dadurch entstandenen EIB-Gruppe ist die

Bank für die Vergabe von lang- und mittelfristigen Darlehen zuständig, während der EIF die auf Risikokapitaloperationen und Bürgschaften zugunsten von KMU spezialisierte Tochtergesellschaft ist.

Die EIB-Gruppe ist damit in der Lage, KMU über ihre zwischengeschalteten Partnerinstitute die gesamte Palette an Finanzprodukten anzubieten, die sie benötigen, um die Herausforderungen einer in ständigem Wandel befindlichen Wirtschaft zu bewältigen.

- Indem sie die für die Finanzierungen in der Europäischen Union und in den Beitrittsländern zuständigen Abteilungen in einer einzigen Direktion zusammenfasste, brachte die EIB ihren Willen zum Ausdruck, die Integration der Beitrittsländer zu unterstützen. Durch die Anwendung der gleichen Kriterien und der gleichen Verfahren bei der Projektauswahl und der Darlehensvergabe will die Bank die Übertragung des „acquis communautaire“ auf diese Länder beschleunigen.
- Besondere Aufmerksamkeit hat die EIB-Gruppe der Finanzierung von Projekten gewidmet, die sich posi-

tiv auf die Umwelt auswirken. Dies äußerte sich in einer deutlichen Erhöhung der Darlehensvergabe in diesem Bereich (+39% innerhalb eines Jahres), und zwar insbesondere in den Beitrittsländern. Im gleichen Zusammenhang ist auch die Umstrukturierung der für die Projektprüfung zuständigen Direktion zu sehen, bei der besonderes Gewicht auf die Verfahren zur Beurteilung der Umweltauswirkungen von Projekten und auf die Definition einer Strategie gelegt wurde, mit der die von der EU eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich des Klimaschutzes unterstützt werden sollen.

- Die Bank hat die Palette ihrer Finanzprodukte erweitert und verschiedene Formen von strukturierten Finanzierungen entwickelt. Diese ermöglichen es ihr, besser auf die Wünsche der Projektträger einzugehen, die sich bei ihren Investitionen spezifischen Risiken und einem ungewöhnlichen Verlauf der Verzinsung der eingesetzten Mittel gegenübersehen. Um diese Entwicklung hin zu risikoreicheren Projekten und zu komplexeren Produkten zu unterstützen, aber



auch um ihr einen konkreten Rahmen zu geben, hat die Bank eine „Fazilität für Strukturierte Finanzierungen“ geschaffen. Diese Fazilität wurde mit einer Mittelreserve von insgesamt 750 Mio EUR für die nächsten drei Jahre unterlegt, und es wird erwartet, dass die in ihrem Rahmen durchgeführten Operationen ein Volumen von 1,5 - 2,5 Mrd EUR erreichen. Diese Produkte werden ihren besonderen Nutzen bei der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation oder Umweltschutz und von Vorhaben im Zusammenhang mit der „New Economy“ erweisen.

- Abschließend ist zu erwähnen, dass die EIB vor kurzem Beschlüsse hinsichtlich der Transparenz und der Information über ihre Aktivitäten gefasst hat. Sie werden es der Bank erlauben, besser über ihre Tätigkeit zu informieren und der Öffentlichkeit umfassendere Angaben zu ihren Verfahren und Operationen zur Verfügung zu stellen. Damit schließt sich die Bank den Bemühungen der anderen europäischen Institutionen um eine größere Nähe zu den Bürgern an, für die sie letztlich tätig sind.

Informationen über die in Prüfung befindlichen Projekte auf der Website

Eine konkrete Maßnahme der Bank in diesem Zusammenhang ist die Veröffentlichung der jeweils in Prüfung befindlichen Projekte auf ihrer Website. Die Liste enthält neue Vorhaben, die sich in einem fortgeschrittenen Stadium der Erörterung eines möglichen Engagements der EIB befinden. Die Projekte werden in die Liste aufgenommen, bevor sie vom Verwaltungsrat der EIB genehmigt sind. Eine Ausnahme bilden Projekte, bei denen der Projektträger Gründe für die Wahrung der Vertraulichkeit anführt. Auf diese Weise wird die Bank dem berechtigten Wunsch nach Information gerecht und respektiert gleichzeitig die von den Projektträgern gewünschte Vertraulichkeit der von ihnen gemachten Angaben.

Vorbereitung auf die Wissensgesellschaft

Im Rahmen der Finanzierungstätigkeit der Bank im vergangenen Jahr sind insbesondere zwei Entwicklungen hervorzuheben: zum einen ihr Beitrag zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts

der Union in Vorbereitung auf die „New Economy“ und zum anderen die Intensivierung der Finanzierungstätigkeit in den Partnerländern der Union, insbesondere in den an sie angrenzenden Staaten im Hinblick auf die künftige EU-Erweiterung.

Seit dem Europäischen Rat Lissabon (März 2000) engagiert sich die EIB-Gruppe nachdrücklich für ein Programm, mit dem Investitionen unterstützt werden sollen, die der Schaffung einer auf Wissen und Innovation basierenden Gesellschaft in Europa dienen.

Diese „Innovation-2000-Initiative“ (i2i) ergänzt die traditionellen Aktivitäten der Bank und ist mit der Neuausrichtung eines erheblichen Teils ihrer Finanzierungen auf die vom Europäischen Rat Lissabon festgelegten fünf Prioritäten verbunden: Förderung des Humankapitals (Bildung), Forschung und Entwicklung, neue Netze in den Bereichen Informationstechnik und Kommunikation, Verbreitung von Innovationen und innovative KMU.

Die Bank erwartet, in den nächsten drei Jahren im Rahmen dieser Initiative Darlehen von insgesamt 12-15 Mrd EUR gewähren und über den EIF für Risikokapitaloperationen zugunsten von KMU 2 Mrd EUR bereitstellen zu können. Seit dem Europäischen Rat Lissabon hat die Bank bereits Darlehen von mehr als 1,6 Mrd EUR, das sind mehr als 11% ihrer Einzeldarlehen in der EU, ausgereicht und für 34 Risikokapitaloperationen fast 500 Mio EUR zur Verfügung gestellt.

Diese Initiative ergänzt die traditionelle Tätigkeit der Bank: Sie kommt zum Beispiel zu den rund 5,7 Mrd EUR hinzu, die die EIB im vergangenen Jahr zusammen mit dem europäischen Bankensektor zugunsten von mehr als 27 000 KMU vergeben hat. Sie kann sich außerdem auf die langjährige Finanzierungstätigkeit der Bank stützen, mit der diese den Ausbau der Transeuropäischen Netze und anderer Infrastrukturen in den Bereichen Straßen, Eisenbahnen und Telekommunikation sowie Projekte zugunsten der natürlichen und städtischen Umwelt in allen Mitgliedsländern gefördert hat. Auf dieses Ziel allein entfielen im abgelaufenen Jahr mehr als 35% der Finanzierungen der Bank.

Die Bank hat - entsprechend ihrer vorrangigen Aufgabe - 73% ihrer Finanzierungen für Neuinvestitionen in Regionalentwicklungsgebieten (davon mehr als zwei Drittel allein in den Kohäsionsländern Griechenland, Irland, Portugal und Spanien) bereitgestellt, und diese Fokussierung ist in bestimmten wichtigen Bereichen besonders ausgeprägt: So haben zum Beispiel 90% der im Bildungs- und im Gesundheitswesen finanzierten Projekte ihren Standort in den strukturschwachen Gebieten Südeuropas oder Ostdeutschlands.

Vorbereitung auf die Erweiterung

Den größten Teil der Mittel, die die Bank außerhalb der EU vergibt, hat sie in den im Süden und Osten an die Union angrenzenden Regionen bereitgestellt.

In den Beitrittsländern in Mittel- und Osteuropa sowie im Mittelmeerraum ist die Bank die bei weitem wichtigste multilaterale Finanzierungsquelle. Ihre Darlehen sollen dazu beitragen, die innere Kohäsion der betreffenden Volkswirtschaften zu stärken und den gegenüber der EU bestehenden Produktivitäts- und Einkommensrückstand zu verringern. Daher dienten die rund 3 Mrd EUR, die die EIB im vergangenen Jahr in diesen Ländern zur Verfügung gestellt hat (+24% gegenüber 1999), in erster Linie den folgenden Zielen: der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur (vor allem der Verbindungen, die die Integration dieser Volkswirtschaften untereinander und mit der Union erleichtern), der Förderung privater Unternehmen (vor allem von Joint Ventures, an denen Unternehmen aus den jeweiligen Ländern und aus der EU beteiligt sind) und schließlich dem Schutz der natürlichen und der städtischen Umwelt, der die betreffenden Regionen für Investoren attraktiver macht.

Besonders hervorheben möchte ich die Zunahme, die in den letzten Jahren bei Darlehen für Umweltschutzprojekte zu verzeichnen ist. Darin spiegeln sich zum einen die größeren technischen Kapazitäten dieser Länder wider, entsprechende Projekte hervorzubringen. Zum anderen verdeutlichen sie das gestiegene Bewusstsein, das in diesen Gesellschaften hinsichtlich der Notwendigkeit einer stärker qualitativ geprägten Entwicklung ihrer Wirtschaft besteht.

Die Bank ist entschlossen, entsprechend der Aufforderung durch den Europäischen Rat von Helsinki (Dezember 1999) und von Lissabon (März 2000) ihre Tätigkeit in diesem Sinne fortzusetzen.

In den Partnerländern im Mittelmeerraum hat die EIB im Jahre 2000 insgesamt 1,2 Mrd EUR zur Unterstützung der Ziele des Barcelona-Prozesses vergeben. Die Mittel kamen - im Hinblick auf die bis zum Jahre 2010 geplante Zollunion zwischen den betreffenden Ländern und der EU - insbesondere der Entwicklung des privaten Sektors und Umweltschutzvorhaben zugute.

Die Bedeutung der Finanzierungstätigkeit der Bank in den Partnerländern des Mittelmeerraums, die im vergangenen Jahr deutlich zugenommen hat (+51%, wenn man die Darlehen für den Wiederaufbau in den Erdbebengebieten der Türkei einbezieht), wurde auf der IV. Europa-Mittelmeer-Konferenz von Marseille (November 2000) und vom Europäischen Rat Nizza (Dezember 2000) unterstrichen. Dieser hat im Übrigen die EIB aufgefordert, ihre Tätigkeit in der Region durch ein zusätzliches Darlehensprogramm im Umfang von 1 Mrd EUR zu intensivieren, das zu ihrem laufenden Finanzierungsmandat mit einem Volumen von 6,4 Mrd EUR für den Zeitraum 2000-2006 hinzukommt.

Breit gefächerte Präsenz auf den Kapitalmärkten

Die EIB refinanziert den größten Teil ihrer Darlehen durch die Inanspruchnahme der Kapitalmärkte, wo ihre Anleihen über ein „AAA“-Rating verfügen. Um die für ihre Finanzierungstätigkeit erforderlichen umfangreichen Mittel (29 Mrd EUR im Jahr 2000) beschaffen zu können, muss die Bank, die zu den weltweit führenden nichtstaatlichen Emittenten gehört, auf den Märkten für die verschiedenen Währungen und Anleiheformen präsent sein. Gleichzeitig muss sie sich um eine Optimierung ihrer Mittelbeschaffungskosten bemühen, um in der Lage zu sein, die bestmöglichen Konditionen für die Projekte zu bieten, die sie im Dienste der Ziele der Europäischen Union unterstützt.

Daher hat die Bank, während sie sich weiterhin engagiert für die Förde-

rung des Euro einsetzt, ihre Mittelaufnahme vor allem auf drei Währungen konzentriert, nämlich das Pfund Sterling, auf das 49,5% der Mittelaufnahme entfielen (38% nach Swaps), den Euro, dessen Anteil 23% erreichte (42,5% nach Swaps) und schließlich den US-Dollar mit einem Anteil von 21% (13,5% nach Swaps).

Im GBP-Bereich ist die Bank (mit einem Anteil von rund 12,8% an den nicht vom Staat begebenen Titeln) der größte nichtstaatliche Emittent. Auf diesem Markt sind die Referenzanleihen der Bank, deren Laufzeitspektrum bis zu 30 Jahren reicht, eine Alternative zu britischen Staatsanleihen. Diese Politik einer regelmäßigen Mittelaufnahme in GBP, die den Bedürfnissen der institutionellen Anleger entspricht, erlaubt der Bank eine Optimierung ihrer Mittelbeschaffungskosten.

Die Bank bemüht sich um eine innovative Mittelbeschaffungsstrategie, um den Bedürfnissen der Anleger, insbesondere der in Euro operierenden, besser gerecht werden zu können.

Der Euro ist weiterhin die wichtigste Auszahlungswährung der Bank. Durch Swaps in diese Währung kann sie den Projektträgern im Euro-Raum und in Drittländern Zins- und Laufzeitkonditionen bieten, die optimal auf die Bedürfnisse ihrer Projekte zugeschnitten sind. ■



Die EIB in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments



Alain Lipietz
(Grüne/EFA - Fraktion
Die Grünen im
Europäischen
Parlament/Freie
Europäische Allianz)
legte dem
Europäischen
Parlament im Februar
den Bericht über die
„Maßnahmen nach
dem Jahresbericht der
EIB“ vor.

Als Zeichen seines regen Interesses an den Aktivitäten aller europäischen Institutionen hat das Europäische Parlament in seiner Plenarsitzung am 14. Februar 2001 den Bericht über die „Maßnahmen nach dem Jahresbericht der EIB“ erörtert und anschließend genehmigt, der von Alain Lipietz (Grüne/EFA – Fraktion die Grünen im Europäischen Parlament/Freie Europäische Allianz) im Auftrag des Ausschusses für Wirtschaft und Währung vorgelegt wurde.

Die Prüfung des ersten Berichts des Parlaments über die Weiterverfolgung der Aktivitäten der Bank stellt einen bedeutenden Schritt in den Beziehungen zwischen der Bank und dem Parlament dar. Darin spiegelt sich das legitime Anliegen des Parlaments wider, die Tätigkeit der Bank in seine Gesamtbeurteilung der im Hinblick auf die Erreichung der Ziele der Union gemachten Fortschritte einzubeziehen. Außerdem bietet sie dem Präsidenten der Bank die Möglichkeit, vom Plenum zu den Fragen seiner Mitglieder und im weiteren Sinne der Bürger der Union, die sie vertreten, gehört zu werden.

Bei der Vorstellung des Berichts vor dem Parlament wies Alain Lipietz insbesondere auf die Qualität des konstruktiven Dialogs hin, den er mit der EIB bei der Ausarbeitung des Dokuments geführt hatte, sowie auf die ausführlichen Informationen, die ihm zur Verfügung gestellt wurden und es ihm erlaubten, die Tätigkeit der Bank im Lichte der Anforderungen des Ausschusses für Wirtschaft

und Währung und der Kritiken aus der Bürgergesellschaft zu beurteilen.

„Auf diese Weise ist ein Bericht entstanden, der praktisch auf Einstimmigkeit beruht“, erklärte der Berichtserstatter und fügte hinzu, „Einstimmigkeit konnte bei den Vorschlägen erzielt werden, die eine Schwerpunktverlagerung betreffen und sich mindestens ebenso an die anderen Institutionen und selbst Staaten der Europäischen Union richten wie an die Europäische Investitionsbank.“

Im Anschluss an die Ausführungen des Berichtserstatters und die Beiträge der vier Fraktionen zu der Plenarsitzung (EVP, SPE, Grüne/EFA und KVEL/NGL) bezeichnete EIB-Präsident Philippe Maystadt den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Währung als „stimulierend und nützlich“ und wies darauf hin, dass die Arbeiten zur Umsetzung einer Reihe von Empfehlungen aus dem Entwurf der Entschließung bereits begonnen hätten. Das betrifft drei Bereiche, denen im Bericht des Parlaments besondere Bedeutung beigemessen wird, und zwar den Umweltschutz als einem der vorrangigen Aspekte der Tätigkeit der Bank, die Evaluierung der tatsächlichen Auswirkungen der Vorhaben und die Überwachungsstrukturen.

Insbesondere dem Umweltschutz galt die Aufmerksamkeit des Parlaments. Die Ermittlung und Finanzierung von Vorhaben, die einen direkten Beitrag zum Umweltschutz leisten, gehört zu den fünf höchsten Prioritäten im Operativen Gesamtplan der EIB, der vom Verwaltungsrat der Bank für den Zeitraum 2001-2003 aufgestellt wurde. Die spezielle Beachtung, die diesem Bereich gewidmet wurde, hat zu einer deutlichen Zunahme der diesbezüglichen Finanzierungen geführt (+39% im Jahr 2000), wobei vor allem in den Beitrittsländern die Finanzierungen von Umweltschutzvorhaben fast ein Viertel der gesamten Darlehensvergabe ausmachen. (1) Unter dem gleichen Aspekt hat die Bank auch ihre Direktion Projekte neu organisiert, wobei sie ihr Augenmerk verstärkt auf die Methode zur Evaluierung der

Umweltauswirkungen von Vorhaben und die Festlegung einer Strategie zur Unterstützung der von der Union im Rahmen der Konferenz von Kyoto eingegangenen Verpflichtungen im Kampf gegen die Klimaveränderung richtete. (2)

Transparenz und Dialog

Die Prüfung des Berichts des Parlaments über die Weiterverfolgung der Aktivitäten der Bank ist in Verbindung mit den verstärkten Bemühungen der Bank um größere Transparenz und eine bessere Verbreitung von Informationen über ihre Tätigkeit zu betrachten. Im Rahmen ihrer neuen Informationspolitik, die vom Parlament in diesen Debatten begrüßt wurde, wird die Bank eine effizientere Öffentlichkeitsarbeit betreiben und der Öffentlichkeit einen besseren Zugang zu Informationen über ihre Verfahren und Operationen bieten können.

So soll künftig eine Liste von in Prüfung befindlichen Projekten auf der Website der Bank veröffentlicht werden, bevor die entsprechenden Darlehen vom Verwaltungsrat der EIB genehmigt werden. Eine Ausnahme bilden Projekte, bei denen der Projektträger triftige Gründe für Vertraulichkeit hat. Darüber hinaus sind auf einer spezifischen Internetseite zur „Informationspolitik“ alle für die Öffentlichkeitsarbeit relevanten Angaben der EIB sowie Informationen über Projekte zu finden, die Gegenstand von Anfragen aus der europäischen Bevölkerung waren.

Auf diesem Weg versucht die EIB, unter Beachtung der spezifischen Beziehungen zu ihrem hauptsächlich privaten Kundenkreis, die europäischen Institutionen in ihren Bemühungen um größere Bürgernähe zu unterstützen, zumal ihre Arbeit ja letztlich den Bürgern zugute kommt. (3) ■

1. Siehe Überblick über die Tätigkeit der EIB im Jahr 2000, S. 1-9.

2. Vgl. Artikel „Die EIB engagiert sich für den Klimaschutz“, S. 11-13.

3. Der Wortlaut der Rede von Präsident Maystadt vor dem Parlament ist auf der Website der EIB (www.eib.org) unter „Information Policy/Topical News“ abrufbar.

Insbesondere dem Umweltschutz galt die Aufmerksamkeit des Parlaments



Die EIB engagiert sich für den Klimaschutz

Nach einem neueren Beschluss des Verwaltungsrats der EIB gehören der Schutz und die Verbesserung der Umwelt im Allgemeinen sowie die Unterstützung der Klimapolitik der Europäischen Gemeinschaft im Besonderen zu den vorrangigen Tätigkeitsbereichen der Bank.

Der Begriff „Klimawandel“ bezeichnet in diesem Zusammenhang künftige mögliche Veränderungen des Erdklimas, insbesondere Änderungen der Temperatur („global warming“), die mit dem Treibhauseffekt in Verbindung gebracht und auf menschliches („anthropogenes“) Handeln zurückgeführt werden.

Dies steht in Einklang mit der zentralen Rolle des Klimaschutzes in den umweltpolitischen Zielen der Gemeinschaft und mit den Grundsätzen des gemeinschaftlichen Umweltrechts.

Vermutlich berührt der Klimawandel mehr als alle anderen Umweltthemen sämtliche Tätigkeitsbereiche der Bank. Durch die Finanzierung von Projekten leistet sie bereits seit

geraumer Zeit einen erheblichen Beitrag zur Bekämpfung und Eindämmung von Klimaveränderungen.

Die EIB ist schon seit einer Reihe von Jahren im Bereich des Klimaschutzes tätig. Die mitfinanzierten Projekte fördern erneuerbare Energien, die Verbesserung des energetischen Wirkungsgrads, die Kraft-Wärme-Kopplung, die Energieeffizienz in der Industrie, die Abfallwirtschaft und den öffentlichen Verkehr.

Hintergrund

In den maßgeblichen wissenschaftlichen Kreisen hat sich heute generell die Auffassung durchgesetzt, dass die fortschreitende globale Erwärmung durch den Menschen verursacht wird. Dieses Phänomen wird als das Ergebnis einer komplexen Wechselwirkung zwischen Ozeanen, Landoberfläche und Atmosphäre gesehen, die durch die Emission von Treibhausgasen – insbesondere Kohlendioxid (CO₂), das 1990 rund zwei Drittel der gesamten Treibhausgasemissionen in der EU ausmachte – verstärkt wird. Als Ursache für den Treibhauseffekt gilt in erster Linie

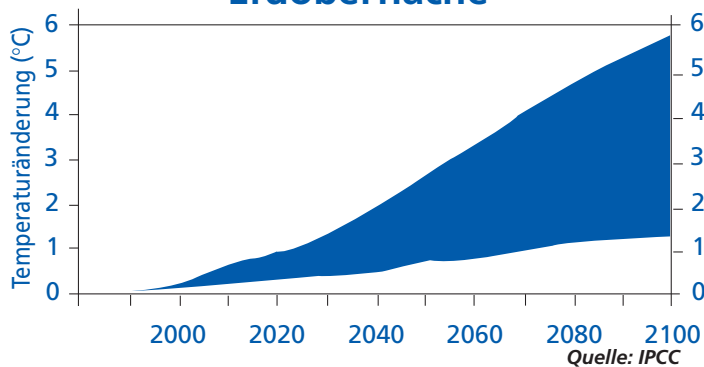
der Verbrauch an fossilen Brennstoffen im Energie- und im Verkehrssektor, in der Industrie und in den privaten Haushalten.

Das „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC – Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimafragen) schätzt, dass ausgehend von einem „business-as-usual“-Szenario die globale Durchschnittstemperatur bis zum Jahr 2100 um 1,4-5,8 Grad Celsius ansteigen wird (vgl. Grafik Seite 12). Als Folge der globalen Erwärmung werden ein Anstieg des Meeresspiegels sowie Veränderungen der Niederschlagsmengen und -verteilung nach Regionen und Jahreszeiten erwartet. Die Forscher gehen zudem davon aus, dass die Stärke und Häufigkeit extremer Wetterereignisse wahrscheinlich zunehmen werden.

Vor diesem Hintergrund unterzeichneten 1992 auf dem „Erdgipfel“ in Rio de Janeiro mehr als 160 Länder das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, in dem sie sich darauf verständigten, die Treibhausgasemissionen auf ihrem Niveau von 1990 zu stabilisieren.

Das internationale Engagement für den Klimaschutz wurde 1997 mit der

Voraussichtlicher Anstieg der durchschnittlichen Temperatur der Erdoberfläche



Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls intensiviert. Danach verpflichteten sich die führenden Industrienationen, ihren Ausstoß von Treibhausgasen im Zeitraum 2008-2012 im Durchschnitt um etwa 5% unter den Stand von 1990 zu senken. Die Lastenteilungsvereinbarung („burden sharing agreement“) verpflichtet die EU insgesamt zu einer Reduktion um 8%.

Auch wenn gewisse Zweifel daran bestehen, „ob“ und wenn ja, „wann“ das Kyoto-Protokoll ratifiziert werden wird, so ist doch klar, dass sich die Begrenzung der CO-Emissionen rasch zu einer Schlüsselfrage der allgemeinen umweltpolitischen Debatte entwickelt.

Der von der Gemeinschaft verfolgte Ansatz wird nachstehend erläutert. Daneben haben verschiedene Mitgliedstaaten ihre eigene Klimaschutzpolitik entwickelt und den erforderlichen institutionellen und programmatischen Rahmen geschaffen (zum Beispiel wurde in Frankreich das „Programme National de Lutte contre le Changement Climatique“ 2000/10 (2000) verabschiedet). Das Gleiche gilt für viele große Unternehmen und Finanzinstitutionen.

Der gemeinschaftspolitische Rahmen

Der Klimaschutz trägt dazu bei, eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, und gehört daher zu den wichtigsten umweltpolitischen Themen der Europäischen Gemeinschaft. Schrittweise entsteht in diesem Bereich ein gemeinschaftspolitischer Rahmen. Der allgemeine Ansatz – Intensivierung der auf nationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen – ist das Ergebnis verschiedener „gemeinsamer und koordinierter Politiken“ in vier großen Bereichen.

Wichtigste Entwicklungen der gemeinschaftlichen Umweltpolitik

- Geplante Richtlinie über eine Steuer auf Energieprodukte sowie Maßnahmen, mit denen die Verbesserung der Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien gefördert werden sollen.
- Freiwillige Umweltvereinbarungen, die in spezifischen Industriesektoren getroffen werden und auf der Erfahrung im Automobilsektor aufbauen.
- Verbesserte Verfahren für die Beobachtung und Überprüfung von Treibhausgasemissionen.
- Förderung der „Flexiblen Mechanismen“ des Kyoto-Protokolls durch Emissionshandel und projektbezogene Emissionsreduktionen (Joint Implementation (JI - Gemeinsame Erfüllung von Verpflichtungen) und Clean Development Mechanism (CDM - Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung)).

Die Klimaschutzpolitik der Europäischen Gemeinschaft ist zudem ein gutes Beispiel dafür, wie Umweltbelange in Einklang mit dem Vertrag von Amsterdam (Artikel 6) in andere Bereiche der Gemeinschaftspolitik integriert werden.

Beispiele für Bereiche bzw. Maßnahmen, die einer Verstärkung des Treibhausgasausstoßes entgegenwirken: erneuerbare Energien (Energiesektor), Eisenbahn (Verkehrssektor), Verbesserung der Umwelteffizienz (Industrie).

Der Ansatz der EIB

Die Antwort der EIB auf Fragen des Klimaschutzes betrifft eine Reihe von Aspekten. In den meisten der entsprechenden Teilbereiche hat sie bereits Erfahrungen gesammelt. Neu daran ist, die Maßnahmen in einem Paket zusammenzufassen und dadurch zu verstärken. Die erfolgreiche Umsetzung wird von unterschiedlichen Formen der Zusammenarbeit abhängen und sich auf verschiedene Partner des öffentlichen und des privaten Sektors stützen, zu denen auch die Kommission, die Mitgliedstaaten, große europäische Unternehmen, der Finanzsektor, multilaterale Finanzierungsinstitutionen und Nichtstaatliche Organisationen (NGOs) gehören. Die Teilbereiche können unter den drei Themen Interne grundsatzpolitische Fragen und Verfahren, Investitionsfinanzierung und Finanzierungsinstrumente zusammengefasst werden.

Grundsatzpolitische Fragen und Verfahren

Dieser Themenbereich gliedert sich in drei Aspekte auf:

Messung

Es wird einige Zeit dauern, bis die EIB ein zuverlässiges und aussagefähiges Mess- und Berichtssystem für Treibhausgasemissionen entwickelt hat. Es ist beabsichtigt, sich darauf zu konzentrieren, bei den Projekten, die unter dem Aspekt des Klimaschutzes finanziert werden, systematische Erfassungen der Reduktion von Treibhausgasemissionen zum Zeitpunkt der Prüfung zu erreichen. Begonnen werden soll dabei mit Vorhaben im Energiesektor, bei denen die Emissionen mit relativ großer Zuverlässigkeit gemessen werden können.

Bewertung

Die Emission von Treibhausgasen ist ein externer Umwelteffekt. Die Marktpreise spiegeln nämlich die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen, die von bestimmten Tätigkeiten im Hinblick auf den Klimawandel zu erwarten sind, nicht in vollem Umfang wider. Es ist daher angemessen, die Quantifizierung und Bewertung der Auswirkungen von Treibhausgasemissionen in die Kosten-Nutzen-Analyse der Direktion Projekte der EIB selektiv in solchen Fällen einzubeziehen, in denen eine

derartige Analyse für die Entscheidungsfindung maßgeblich sein dürfte. Bei einigen Projekten kann die Bewertung der Treibhausgasemissionen je nach dem Gewicht anderer Erwägungen in wirtschaftlicher Hinsicht den Ausschlag für eine positive oder negative Finanzierungsentscheidung geben. Als Folge dieser Entwicklung dürfte sich die Struktur des Finanzierungsbestands der Bank schrittweise zugunsten von Investitionen verlagern, die in relativer Hinsicht klimafreundlicher sind.

Risikomanagement

Bei ihrer analytischen Arbeit muss die Bank als weiteren wichtigen Punkt berücksichtigen, dass Projekte, deren finanzielle Tragfähigkeit u.U. vom Wert von Emissionsgutschriften abhängt, zwangsläufig einen Unsicherheitsfaktor beinhalten. So wird sich zum Beispiel der Marktwert von Kohlenstoffen u.a. in Abhängigkeit von politischen Entscheidungen ändern, die bestimmen, in welchem Umfang künftig der Verbrauch von Kohlenstoffen eingeschränkt werden soll. Verallgemeinert heißt dies, dass die Ungewissheiten, die hinsichtlich der Auswirkungen der globalen Erwärmung bestehen, sowie die damit zusammenhängenden politischen, gesellschaftlichen und sonstigen Reaktionen für eine Reihe von Projekten einen Risikoaspekt darstellen, der von der Bank zu beurteilen sein wird.

Investitionsfinanzierung

Die Bank will die Finanzierung von Klimaschutzvorhaben in zwei großen Bereichen ausweiten. Dies sind die Energieeinsparung (d.h. Reduzierung der Energieintensität bei Produktion, Transformation und Verbrauch) und die Energiesubstitution (d.h. Übergang von kohlenstoffreichen Brennstoffen auf kohlenstoffärmere fossile Energieträger und, wo dies praktikabel ist, Ersatz fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien).

Beispiele für Bereiche, in denen ein Potenzial für Energieeinsparungen besteht: industrielle Verfahren, öffentlicher Verkehr und Kraft-Wärme-Kopplung; Beispiele für Bereiche der Energiesubstitution: verstärkte Nutzung von Windenergie, Biomasse und Sonnenenergie.

Die Bank beabsichtigt, diesen „zweigleisigen“ Ansatz je nach den gebotenen Möglichkeiten in allen großen Wirtschaftsbereichen, in denen sie tätig ist, zu verfolgen – nicht nur im Energiesektor selbst, sondern insbesondere auch im Verkehrssektor und in der Industrie, und zwar sowohl im Rahmen von Einzeloperationen als auch von Globaldarlehen.

Darüber hinaus gibt es verschiedene spezifischere und mitunter relativ neuartige – vom Umfang her jedoch oft eher kleine – Projekte, die die Bank zu finanzieren beabsichtigt, um die Klimaschutzpolitik der Gemeinschaft zu unterstützen. Dabei soll – soweit möglich – das Potenzial für Synergien zwischen Umweltinvestitionen und Innovation, Beschäftigung und Wachstum genutzt werden (vgl. „Innovation-2000-Initiative – EIB will der wissensbasierten Gesellschaft künftig besondere Aufmerksamkeit widmen“; EIB-Information 2-2000, Nr. 105).

Beispiele für relativ neue Sektoren mit einem Zukunftspotenzial für die Tätigkeit der Bank: Gewinnung von Methangas aus Deponien und Einsatz in Heizkraftwerken; Erforschung und Entwicklung, Einführung sowie Herstellung von klimafreundlichen Systemen, Verfahren und Produkten, wie z.B. Brennstoffzellen, Photovoltaik oder Informations und Kommunikationstechnologie (IKT) im Verkehrssektor.

Zudem wird die EIB Pilotprojekte in den Bereichen JI (Joint Implementation) und CDM (Clean Development Mechanisms) selektiv fördern. Auf diese Weise will sie die sich schrittweise entwickelnden Modalitäten, Regelungen und Verfahren testen und den Markt auf handelbare Emissionsgutschriften, die auf die Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll angerechnet werden könnten, vorbereiten.

Instrumente

Aufgrund ihrer Rahmenbedingungen und oftmals auch aufgrund ihrer spezifischen Merkmale benötigen bestimmte Klimaschutzprojekte eventuell besondere finanzielle Anreize in der Art, wie sie die EIB bereits in anderen Bereichen ihrer Tätigkeit anbietet. Zu den Möglichkeiten, von denen die Bank voraussichtlich auf dem Gebiet des Klimaschutzes Gebrauch machen wird, gehören insbesondere:



- Langfristige Finanzierungen, möglicherweise in Kombination mit einem bestimmten Fördermechanismus (vgl. die bestehenden Vereinbarungen für die Finanzierung von Umweltschutzvorhaben im Mittelmeerraum).
- Technische Unterstützung der Art, wie sie im Rahmen des METAP (Programm zur technischen Unterstützung des Umweltschutzes im Mittelmeerraum) geleistet wird, um den komplexen Prozess der Ermittlung, Vorbereitung und Durchführung von Klimaschutzprojekten abzudecken (vgl. Jahresbericht der EIB von 1998).
- Prüfung der Möglichkeiten für ein Globaldarlehen oder eine Art von Risikokapitalfonds zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten.

Herausforderung und Chance

Obwohl der Klimaschutz kein neues Tätigkeitsgebiet der EIB darstellt, bleiben größere Ungewissheiten und ungelöste Fragen bestehen. Aus diesem Grund entwickelt die Bank ihre Finanzierungen, die mit dem Klimawandel in Zusammenhang stehen, schrittweise und auf der Grundlage eines durchdachten Konzepts, das sie im Zuge zunehmender Erfahrung und neuer Erkenntnisse anpassen wird.

Die Frage des Klimawandels stellt für die Bank eine große Herausforderung dar. Sie bietet ihr aber zugleich die Möglichkeit zu zeigen, dass sie in der Lage und gewillt ist, zum richtigen Zeitpunkt einen adäquaten Beitrag zur gemeinschaftlichen Umweltpolitik zu leisten. Die Bank hat bisher auf die Aufforderung, kreative und flexible Lösungen für spezifische Probleme anzubieten, stets mit erfolgreichen geeigneten Maßnahmen antworten können. Vergleichbare Erfolge strebt sie auch auf dem Gebiet des Klimaschutzes an. ■

Peter Carter

Koordinator für Umweltfragen
Direktion Projekte
+352 4379 3424
p.carter@eib.org

Transeuropäische Verkehrsnetze: Verlagerung des Schwergewichts von Nord-Süd nach Ost-West

Die durch die EU-Erweiterung entstehenden verkehrspolitischen Herausforderungen standen im Mittelpunkt der EIB-Konferenz über Transeuropäische Verkehrsnetze, die Mitte Februar in Straßburg stattfand. Es herrschte allgemeiner Konsens darüber, dass es in diesem Zusammenhang mehr auf die Schiene als auf die Straße ankommt.

Unter den Rednern und Teilnehmern befanden sich Vertreter der Europäischen Kommission und des Parlamentes, der Verkehrsbehörden sowie der Industrie und des Bankensektors. Ziel der Konferenz war es, die Frage, wie die Prioritäten bei den TEN mit einer zukunftsbeständigen Entwicklung zu vereinbaren sind, mehr in das Bewusstsein zu rücken.

Die EIB will ihren Teil zum neuen „Weißbuch“ über künftige Leitlinien für den Verkehrssektor beitragen, dass von der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedstaaten erstellt werden soll. Das „Weißbuch“ wird den derzeitigen Rahmen, der 1994 vom Europäischen Rat Essen bestätigt wurde, ersetzen.

Im Folgenden werden Ausschnitte aus den Reden wiedergegeben, die in voller Länge unter www.eib.org zugänglich sind.

Philippe Maystadt:
Die EIB beabsichtigt, die Palette ihrer Finanzierungsinstrumente für TEN-Vorhaben in der unmittelbaren Zukunft durch die Einführung einer Fazilität für Strukturierte Finanzierungen⁽¹⁾ zu erweitern. Sie wird durch eine verstärkte Risikoteilung gekennzeichnet sein und die Stellung von Bürgschaften und die Gewährung von Mezzanine-Finanzierungen umfassen.

⁽¹⁾ vgl. auch Seite 18



**Philippe Maystadt,
Präsident der EIB**

„Der EIB ist sehr viel an einer Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und den Gemeinschaftsinstitutionen gelegen, um dem Ausbau des Eisenbahnnetzes - sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr - eine höhere Priorität einzuräumen.

Die Eisenbahn wird mehr und mehr als ein Verkehrsmittel gesehen, das eine wichtige Rolle bei der Lösung von Problemen spielen kann, denen sich die Union in den ersten Jahrzehnten des neuen Jahrtausends im Verkehrssektor gegenübersehen wird. Diese Probleme entstehen durch zunehmende Verkehrsstauungen, Umweltbelastungen, Verkehrslärm und den steigenden Widerstand der Bevölkerung gegen den Bau neuer Straßen als Antwort auf ein höheres Verkehrsaufkommen. Straßen- und Luftverkehr sehen sich oft schwerwiegenden Kapazitäts- und Überlastungsproblemen gegenüber, wo die Eisenbahn das effizientere Verkehrsmittel wäre.

Die Bank und die meisten Mitgliedstaaten teilen die Überzeugung, dass

die zunehmende Beteiligung des privaten Sektors an den Investitionen in öffentliche Infrastruktureinrichtungen zu begrüßen ist und dass solche Finanzierungsstrukturen eine wichtige Ergänzung zu Investitionen des öffentlichen Sektors in verschiedenen Ländern der Union sein können. Mit Hilfe von öffentlich-privaten Partnerschaften kann auch eine Beschleunigung der Investitionen in Infrastruktureinrichtungen sowie eine bessere Nutzung der durch den öffentlichen Sektor eingesetzten Mittel erreicht werden.

Die Investitionstätigkeit des privaten Sektors und innovative Finanzierungsinstrumente können weder an die Stelle des öffentlichen Sektors treten, noch für notwendige öffentliche Zuschüsse in verschiedenen Situationen Ersatz bieten. Auch ist mit ihnen keinerlei Privatisierung öffentlicher Dienste verbunden. Sie stellen allerdings ein wichtiges und wertvolles zusätzliches Instrument zur Erreichung von gemeinschaftspolitischen Zielen dar.“ ■

Loyola de Palacio, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, zuständig für Verkehr und Energie

„Aufgrund der Erweiterung wird es in den Beitrittsländern zu einem Aufholen wirtschaftlicher Rückstände gegenüber den EU-Mitgliedstaaten kommen. Ihre Wirtschaft wird daher schneller wachsen als die der EU-Länder. Die wirtschaftliche Integration mit Westeuropa wird zu einer Explosion der Handelsbeziehun-

gen führen. Die aus historischen Gründen wenig entwickelten Ost-West-Verbindungen laufen dadurch Gefahr, überlastet zu werden. Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist das sehr schnelle Wachstum des Pkw-Bestands.

Diese Entwicklungen sowie Verkehrsstauungen als ihre natürliche



Folge werden nicht nur der Gesellschaft einen sehr hohen Preis abfordern, sondern sind langfristig auch mit den in Kyoto eingegangenen Verpflichtungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen nicht vereinbar. Eine zukunftsbeständige Entwicklung bleibt im Verkehrssektor weiterhin ein abstraktes Ziel, dass wir bis jetzt noch nicht mit konkreten Inhalten füllen konnten.

Seitdem Parlament und Rat kurz vor Weihnachten die historische Einigung erzielten, nach 2008 internationalen Güterverkehrsunternehmen den Zugang zu den einzelstaatlichen Eisenbahnnetzen zu garantieren, wird es zum Beispiel möglich sein, dass eine schwedische Betreibergesellschaft ihre Dienste im französi-

schen Eisenbahnnetz anbietet. Das dürfte zu einer erheblichen Verbesserung der Dienstqualität und zu Einsparungen auf europäischer Ebene führen, so dass Eisenbahngesellschaften gegenüber Straßentransportunternehmen wieder wettbewerbsfähig werden. Ich glaube, dass eine Steigerung des Eisenbahngüterverkehrs um 40% innerhalb von zehn Jahren möglich wäre.

Allerdings gibt es auf diesem Gebiet noch viel zu tun. Der Güterverkehrsfluss auf bestehenden Strecken muss erleichtert und neue ausschließlich für Güterzüge bestimmte Strecken, Einrichtungen für den Zugang zu Häfen und Zentren für den kombinierten Verkehr müssen gebaut werden. Diese Maßnahmen sind für die Schaf-

fung eines europäischen Eisenbahnnetzes, dass dem Güterverkehr Priorität einräumt, entscheidend und meiner Ansicht nach bei Investitionen innerhalb der Europäischen Union von höchster Priorität. Unterschiede bei technischen Normen für Eisenbahnanlagen und rollendes Material sind ein weiteres Hindernis bei der Einführung eines Netzes, das auf europäischer Ebene wirklich als integriert gelten kann. Erst durch die Umsetzung der Richtlinien über die Interoperabilität der Eisenbahnsysteme wird es möglich werden, dass Züge ungehindert die Grenzen überqueren können. ■



Henning Christophersen, ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Kommission

Henning Christophersen ist einer der Väter der TEN-Pläne von Anfang der 90er Jahre. Er betonte, dass die schwierigste Aufgabe damals nicht die Identifizierung der Großvorhaben gewesen sei, sondern die Beurteilung der Ausgereiftheit und der Machbarkeit der Projekte sowie die Ermittlung von Finanzierungslösungen.

„Es konnte viel geleistet werden. Ein großer Teil des PBKAL-Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetzes (das Paris, Brüssel, Köln, Amsterdam und London miteinander verbinden soll) ist gebaut worden. Die feste Verbindung über den Öresund, der Flughafen Malpensa und große Teile des so genannten Nordischen Dreiecks sowie die Autobahnnetze in Portugal, Spanien und Griechenland sind fertig gestellt. Außerdem wurden vor kurzem endgültige Entscheidungen über den Bau der Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnstrecken Lyon – Turin und TGV Est in Frankreich getroffen.

Jedoch gibt es auch eine Reihe von wichtigen Eisenbahnvorhaben, bei denen keine greifbaren Fortschritte gemacht wurden. Als Beispiele sind hier die Brennerstrecke, die Verlängerung des Hochgeschwindigkeitsnetzes bis Berlin, die französisch-spanischen Hochgeschwindigkeitsstrecken und die Betuwe-Linie, die Rotterdam mit dem Ruhrgebiet verbinden soll, zu nennen. Auch wird es noch lange dauern, bis die Westküstenstrecke in Großbritannien modernisiert sein wird.

Die Fertigstellung und Initiierung von Projekten hat ferner aufgrund von umständlichen und nicht immer gut organisierten Planungsverfahren, aufgrund mangelnder grenzübergreifender Koordinierung und unterschiedlicher Prioritäten sowie aufgrund fehlender Mittel viel länger gedauert als ursprünglich erwartet.

Das Gleichgewicht zwischen dem Gütertransport auf der Schiene und auf der Straße verlagert sich immer mehr zugunsten der Straße. Zwei große Transitländer, Deutschland und Frankreich, sind im Hinblick auf

den Bau von grenzüberschreitenden Eisenbahnstrecken in Rückstand.

Diesbezüglich waren die Absichten, die unserer Arbeit in den Jahren 1993 und 1994 zugrunde lagen, nicht von größeren Erfolgen gekrönt. Die Mitgliedstaaten und die Verkehrsbehörden haben auch heute noch Schwierigkeiten, sich zu einigen, und das Konzept der öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) ist noch weitgehend unerprobt.

Dabei ist die Notwendigkeit von besseren Infrastruktureinrichtungen heute noch offensichtlicher als vor acht Jahren. So verfügten zum Beispiel die meisten Beitrittsländer während der letzten 55 Jahre über keine angemessenen Verbindungen mit dem übrigen Europa.

Um diese Situation zu verbessern, muss eine neue Liste mit vorrangigen Projekten unter besonderer Berücksichtigung der EU-Erweiterung erstellt werden. Ferner müssen EU-Haushaltsmittel von einzelstaatlichen Infrastrukturvorhaben auf grenzüberschreitende Projekte und Transitvorhaben verlagert werden. ■

Loyola de Palacio: Die Verkehrspolitik darf nicht allein die Wettbewerbsfähigkeit zum Gegenstand haben, sondern sie muss auch im Dienste des Bürgers stehen. Bei der Darlehensvergabe sollten die bestmöglichen Verfahren zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit gefördert werden.

Henning Christophersen: Es sollte Pflicht für die einzelstaatlichen Verkehrsministerien sein, gegenseitige Rücksprache zu nehmen, und für den Rat der Verkehrsminister, jedes Jahr verbindliche Leitlinien über die TEN zu verabschieden.

Konstantinos Hatzidakis:
Während die EIB weiterhin für den öffentlichen Sektor eine wichtige Finanzierungsquelle darstellt, sollte sie gleichzeitig eng mit dem privaten Sektor zusammenarbeiten und ihre Fachkenntnisse bei der Beurteilung der volkswirtschaftlichen und finanziellen Tragfähigkeit von Projekten einbringen.



„Wir sind uns alle bewusst, dass das Verkehrssystem schwerwiegende Ungleichgewichte aufweist, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen sind, dass die Annahme einer gemeinsamen Strategie auf EU-Ebene gescheitert ist.“

Bei sieben der 14 vorrangigen Projekte treten immer noch Schwierigkeiten auf, und ihre Fertigstellung ist noch nicht abzusehen. Das Europäische Parlament hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihren diesbezüglichen

Konstantinos Hatzidakis, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender seines Ausschusses für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr

Verpflichtungen nachzukommen, und die Kommission sollte gemeinsam mit den betreffenden Mitgliedstaaten einen Durchführungszeitplan vorlegen. Ursprünglich war beabsichtigt, diese Projekte bis zum Jahre 2010 fertig zu stellen, und wir dürfen nicht vergessen, dass diese Projekte nach außen das Engagement der EU im Bereich der Infrastrukturpolitik sichtbar machen.

Wir müssen auch bedenken, dass solche Projekte nicht nur aus Kostengründen, sondern auch durch langwierige öffentliche Anhörungsverfahren, politische Diskussionen sowie administrative und rechtliche Probleme blockiert werden. Daher ist es meiner Ansicht nach falsch, sich ausschließlich auf die finanziellen Probleme zu konzentrieren, obgleich ich auch sagen

muss, dass sicherlich mehr Anstrengungen unternommen werden müssen, um die von den Staaten und der EU bereitgestellten öffentlichen Finanzierungsmittel zu erhöhen.

Unser gemeinsames Ziel ist der Ausbau der Transeuropäischen Netze und ihre Fortführung nach Mittel- und Osteuropa. Dies muss so schnell wie möglich geschehen, um sicherzustellen, dass das europäische Verkehrssystem den wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und Sicherheitsbedürfnissen unserer Bürger entspricht. Dies wird zur Reduzierung regionaler Ungleichgewichte beitragen und die europäische Wirtschaft in die Lage versetzen, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten.“ ■

Pierre Bilger, Verwaltungsratsvorsitzender und Chief Executive Officer von Alstom

„Die Schaffung eines wirklich europäischen Eisenbahnsystems stellt eine technische Herausforderung dar. Die einzelnen Länder haben ihre Netze unabhängig voneinander gebaut, und das Ergebnis ist ein wahrhafter „technischer Turmbau zu Babel“.“

Um schrittweise einen europäischen Standard zu erreichen, muss der Systemverträglichkeit bei allen neuen Infrastrukturprojekten – d.h. sowohl beim Bau von Strecken als auch beim rollenden Material – oberste Priorität eingeräumt werden. In gewissem Maße ist diese Entwicklung beispielsweise im Falle der Eurostar- und Tha-

lys-Züge bereits zu erkennen, die in verschiedenen Ländern eingesetzt werden können.

Die Herausforderung besteht darin, zügig nicht nur in Hochgeschwindigkeitsverbindungen für den Personenverkehr, sondern auch in ähnliche Verbindungen im Bereich des Frachtverkehrs zu investieren, um Verkehrsstaus zu vermeiden.

Persönlich bin ich der Auffassung, dass gut konzipierte und ausgewogene öffentlich-private Partnerschaften den Schlüssel für die erfolgreiche künftige Entwicklung eines europäischen Eisen-

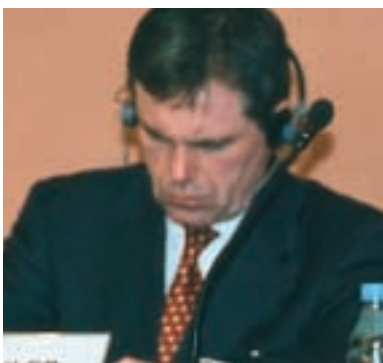


bahnnetzes darstellen. Die Transeuropäischen Netze sind daher nicht nur eine wirtschaftliche und technische, sondern auch eine politische Herausforderung, da ihr Ausbau von den Entscheidungsträgern abhängt.“ ■

Helmut Draxler, Generaldirektor der Österreichischen Bundesbahnen

„Marketing und betriebliche Spitzenleistung sowie die perfekte Koordination zwischen dem Frachtverkehr und der Distribution an Einzelkunden sind die Schlüsselfaktoren für den Erfolg. Wünscht der Endempfänger einer Lieferung deren Zustellung um sieben Uhr morgens, so liefern wir „just-in-time“. Um erfolgreich zu sein, muss man in die Dienstleistungen für die Kunden seiner Kunden investieren und diese Dienstleistungen sicherstellen.“

In den letzten 30 Jahren ist der Marktanteil des europäischen Eisenbahnsystems am europäischen Frachtmarkt erheblich - von etwa einem Drittel auf weniger als 10% - gesunken. Derzeit gewinnen wir allerdings wieder Marktanteile hinzu, und die Produktivität steigt. Dies kann nur durch Effektivität, gutes Management und Kontinuität erreicht werden. Unsere Tätigkeit kann sich nicht an fünf Jahre andauernden „politischen Zyklen“ orientieren.“ ■



Jaromir Schling, Minister für Verkehr und Kommunikation, Tschechische Republik

„Die Tschechische Republik hat - ähnlich wie andere mittel- und osteuropäische Länder - ein ehrgeiziges Programm zur Modernisierung ihrer Verkehrsinfrastruktur in die Wege geleitet, dessen Umsetzung bisher reibungslos verlaufen ist. Bis Ende 2000 wurden beispielsweise 503 km Autobahnen und 335 km Schnellstraßen gebaut und der Prager Flughafen modernisiert. Ferner wurde die Modernisierung der wichtigsten Schienenkorridore in Angriff genommen.

Dies entspricht jedoch erst etwa der Hälfte des strategischen Plans der Regierung. Wenn die Ziele der tschechischen Verkehrspolitik erreicht werden sollen, müssen wir den Prozess, der die Verkehrsinfrastruktur auf das angestrebte Niveau bringen soll, beschleunigen. Für die Umsetzung unserer Verkehrspolitik ist der Zugang zu ausreichenden Finanzierungsquellen, die die Investitionen in die Ver-

kehrsinfrastruktur und die Fahrzeugflotte des öffentlichen Verkehrs sowie deren Instandhaltung sicherstellen, von ausschlaggebender Bedeutung.

Die häufigsten Finanzierungsquellen für die Modernisierung und die Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur sind öffentliche Haushaltsmittel, Darlehen von Institutionen wie der Weltbank, der EBWE und der EIB, herkömmliche Darlehen, Zuschüsse, Hilfen aus den Strukturfonds der EU (PHARE, ISPA, usw.), privates Kapital sowie öffentlich-private Partnerschaften.

Die ersten in der Liste aufgeführten Finanzierungsquellen sind methodisch recht gut entwickelt, und die Erfahrungen mit ihrer Anwendung waren gut. Bei privatem Kapital und öffentlich-privaten Partnerschaften sind jedoch Probleme aufgetreten. Es ist dennoch ziemlich klar, dass durch den Wegfall der mit



Finanzierungen aus Haushaltsmitteln verbundenen Beschränkungen und die Beauftragung unabhängiger Konzessionäre - unter den richtigen Bedingungen - beispielsweise Autobahnprojekte in einem realistischen Zeitraum durchgeführt werden könnten, wozu der Staat nicht in der Lage wäre. Eines der grundlegenden Erfordernisse besteht daher in der Anpassung der derzeit geltenden Gesetze.“ ■



Ewald Nowotny, EIB-Vizepräsident, zuständig für Transeuropäische Netze

„Zusammenfassend ist zu sagen, dass wir uns einer Herausforderung gegenübersehen, die für die Zukunft Europas von großer Bedeutung ist. Die Entwicklung von Trans-europäischen Verkehrsnetzen ist äußerst wichtig, um eine zunehmende Überlastung unseres Verkehrssystems zu vermeiden. Mit die-

sem Ausbau müssen jedoch eine Reihe von ergänzenden Maßnahmen einhergehen, die

- den Sektor einem viel stärkeren Wettbewerb öffnen;
- Nutzungsgebühren vorsehen, die die tatsächlichen Kosten genauer reflektieren, d.h. auch externe Kosten einschließen;
- die extensive Nutzung intelligenter Verkehrssysteme ermöglichen, um sowohl im Bereich der Logistikketten als auch allgemein im Hinblick auf die Mobilität eine größere Effizienz zu erreichen;
- die Entstehung innovativer technischer Lösungen für alle Bereiche des Verkehrssystems fördern;

- die auf strategischer Ebene Umweltaspekte berücksichtigen;
- den Erfordernissen des inneren Zusammenhalts und der Integration der Nachbarländer Rechnung tragen.

Wenn wir diese geplanten energischen Maßnahmen koordinieren sollen, dann muss die TEN-Politik auf der Tagesordnung der Gemeinschaft wieder an oberster Stelle stehen. Die EIB ist darauf vorbereitet, diese Herausforderung anzunehmen und in Zusammenarbeit mit der Kommission und mit Wirtschaftsunternehmen die Entwicklung eines modernen, effizienten und zukunftsbeständigen Verkehrssystems in Europa zu unterstützen.“ ■

Die EIB erweitert durch die neue Fazilität für Strukturierte Finanzierungen den Umfang ihrer Instrumente, die sie beispielsweise für TEN-Vorhaben anbieten kann. Die feste Verbindung über den Øresund zwischen Schweden und Dänemark, ein vorrangiges TEN-Projekt, wurde von der EIB mitfinanziert.



Neue Fazilität für Strukturierte Finanzierungen

Die EIB wird eine neue Rahmenfazilität einrichten, um mehr Spielraum für Produktinnovation und -entwicklung zu schaffen und ihre Tätigkeit auch auf risikoreichere Operationen ausweiten zu können. Diese neuen Aktivitäten werden auf der Grundlage einer Fazilität für Strukturierte Finanzierungen (FSF) erfolgen.

Mit der Fazilität für Strukturierte Finanzierungen werden das Risikokospektrum und die Komplexität der von der EIB-Gruppe für vorrangige Projekte angebotenen Finanzierungsinstrumente erweitert. Dazu gehören Darlehen und Bürgschaften ebenso wie Verbriefungen, Schuldtitel oder derivative Instrumente. Die neue Fazilität wird es der Bank auch ermöglichen, die frühere Aufgabe des Europäischen Investitionsfonds (EIF) zu übernehmen, nämlich die Finanzierung Trans-europäischer Netze zu fördern.

Seit dem Ende des Vorjahres ist der EIF zu dem auf Risikokapitaloperationen spezialisierten Bereich der EIB-Gruppe geworden und stellt auch Bürgschaften für Darlehen an kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung. Die Anteilsmehrheit am EIF wird von der EIB gehalten, während weitere Anteilseigner die Europäische Kommission sowie eine Gruppe von Finanzinstituten aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor sind.

Produkte und Preisfestsetzung

Mit der FSF soll zusätzlicher Nutzen bewirkt werden, indem die von Geschäftsbanken und Kapitalmärkten angebotenen Produkte durch die geeignetsten Finanzierungsinstrumente ergänzt werden, wobei die Entscheidung darüber von Fall zu Fall getroffen wird. Diese Instrumente können komplexer bzw. „strukturiert“ sein oder ein höheres Risiko aufweisen,

als es die Bank bisher übernommen hat.

Die Preisfestsetzung für FSF-Operationen durch die Bank wird diese höheren Risiken sowie die größere Komplexität widerspiegeln und in den meisten Fällen den Marktpreisen, Gebühren oder Spannen der Kofinanciers entsprechen.

Risikoabsicherung

Die Risiken im Zusammenhang mit der FSF werden durch Zuweisungen aus den Jahresüberschüssen der Bank in Höhe von maximal 750 Mio EUR, die während eines Zeitraums von drei Jahren (2001-2003) bereitgestellt werden sollen, gedeckt. Darüber hinaus wird ein zusätzlicher Betrag in die in der Bilanz der Bank ausgewiesene Rückstellung für allgemeine Bankrisiken eingestellt, womit die Obergrenze für die FSF-Operationen, die die Bank pro Jahr unterzeichnen kann, festgelegt wird. Je nach dem Risikoprofil dürfte das jährliche Gesamtfinanzierungsvolumen bis zum Erreichen dieser Obergrenze ziemlich umfangreich sein und sich zu Beginn auf mindestens 1 Mrd EUR belaufen.

Frühere Einschaltung bei Projekten

Aufgrund der verschiedenen im Rahmen der FSF verfügbaren Produkte wird die EIB in der Lage sein, auch direkt Vorfertigungsrisiken und Risiken in der Anlaufzeit zu übernehmen. In bestimmten Fällen wird die EIB Instrumente im Rahmen der FSF parallel zu ihren üblichen Darlehensprodukten bereitstellen können. Sie wird somit bei Projekten von Anfang an eine bedeutendere Rolle spielen können.

Der Gesamtanteil der Bank an den für ein Projekt benötigten Finanzierungsmitteln wird nach wie vor 50% der Projektkosten nicht überschreiten, und die von ihr schon bisher verlangte gründliche und unabhängige Prüfung der technischen (einschließlich Auftragsvergabe und Umweltauswirkungen), wirtschaftlichen und finanziellen Tragfähigkeit des Projekts sowie des rechtlichen Rahmens wird verstärkt werden, um dem höheren Risiko, das die Bank übernimmt, Rechnung zu tragen. ■

Adam McDonough
Hauptabteilung Information und Kommunikation
+352 4379 3147
a.mcdonough@eib.org

Zu den im Rahmen der FSF angebotenen Instrumenten könnten gehören:

- vorrangige Darlehen und Bürgschaften (auch für Vorfertigungsrisiken und Risiken in der Anlaufzeit),
- nachrangige Darlehen und Bürgschaften,
- Mezzanin-Finanzierungen,
- projektbezogene Derivate.

Im Rahmen der FSF werden Vorhaben mitfinanziert, die in Einklang mit der Aufgabe der EIB stehen, Investitionsvorhaben zu unterstützen, die zur Erreichung der Ziele der EU beitragen. Dazu gehören insbesondere die neuen vorrangigen Ziele, zu denen sie im Rahmen ihrer „Innovation-2000-Initiative“ zur Förderung einer wissens- und innovationsbasierten Gesellschaft in Europa einen Beitrag leistet. Ebenso sind hier Infrastrukturvorhaben, der Ausbau der Transeuropäischen Netze und Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor zu nennen.

Die FSF ist in erster Linie für den Einsatz in der EU vorgesehen, wobei allerdings die Möglichkeit besteht, auch in anderen Ländern, in denen für die Bank zufriedenstellende rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen vorhanden sind, Operationen durchzuführen.



*„Alte“ Welt? Von wegen!
Die Europäer beginnen
jetzt damit, den Amerikanern etwas darüber
beizubringen, wie man im
21. Jahrhundert Geschäfte
macht.*

Newsweek, 29. Januar 2001

EIB-Konferenz über Wirtschaft und Finanzen im Jahre 2001

Wachstum der europäischen „E-conomy“: Die Auswirkungen der neuen Technologien

Seit über 40 Jahren unterstützt die EIB die Finanzierung großer „Basis“-Infrastrukturvorhaben. Inzwischen wird jedoch vielfach der Standpunkt vertreten, dass sich aus der Globalisierung des Handels und der weiten Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechniken (IKT) eine neue Definition dessen ergibt, was den Wohlstand einer Region ausmacht. Deshalb wurde die EIB-Konferenz über Wirtschaft und Finanzen im Jahre 2001 vollständig den Auswirkungen der neuen Technologien auf das Wirtschaftswachstum gewidmet.

Die deutliche und gleichzeitige Beschleunigung des Wachstums sowohl der Investitionen als auch der Produktivität im IKT-Sektor, die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in den USA verzeichnet wurde, hat zu der weit verbreiteten Überzeugung geführt,

dass diese neuen Technologien tatsächlich der Schlüssel zu einem höheren Wachstum der Wirtschaftsleistung und der Einkommen sind. Gleichzeitig gibt es jedoch Anzeichen dafür, dass der lang anhaltende Aufschwung der US-Wirtschaft möglicherweise auch eine zyklische Beschleunigung sowohl der Unternehmensinvestitionen als auch des Produktivitätswachstums bewirken wird, die allerdings nach dem Ende der Expansionsphase möglicherweise nicht anhalten wird. Bei der Beantwortung der Frage, ob Europa hinter die Vereinigten Staaten zurückfällt, und bei der Konzeption von wachstumsfördernden Maßnahmen in Europa muss unbedingt zwischen den dauerhaften und den vorübergehenden Elementen der US-amerikanischen „New Economy“ unterschieden werden.

Paul David, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Oxford, ergriff auf der Konferenz als Erster das Wort. Er vertritt die Ansicht, dass die Beschleunigung des Wachstums in den USA zumindest teilweise die Folge eines vorübergehenden starken Anstiegs der Gesamtnachfrage ist. Er stellte jedoch auch fest, dass die Wachstumsbeschleunigung zu einem erheblichen Teil strukturell sein und zu einer dauerhaften Verbesserung der Produktivität führen könnte. Nach Auffassung von Professor David ist ein beschleunigtes Produktivitätswachstum aufgrund von Investitionen im IKT-Sektor nur deshalb erst in jüngster Vergangenheit eingetreten, weil es in der Regel eine Zeit lang dauert, bis neue Technologien sich in der gesamten Wirtschaft verbreiten. Vielleicht sind die IKT deswegen eine neue Form von „Allzwecktechnologie“, die letzt-



endlich erhebliche und nachhaltige Produktivitätssteigerungen mit sich bringt, indem sie eine bessere Organisation der Wirtschaftstätigkeit erlaubt (ähnlich wie früher die Erfindung des Dynamos zur Erzeugung von Strom).

In Europa sind die Produktivitätsgewinne aus der Einführung der IKT bisher weniger offensichtlich, jedoch ist der festgestellte Unterschied zwischen der EU und den Vereinigten Staaten zum Teil auf die unterschiedlichen Methoden zur Messung der Wirtschaftsleistung zurückzuführen. **Patrick Vanhoudt** (Volkswirt in der Direktion Wirtschaftsstudien und Information der EIB) zeigte, dass die EU hinsichtlich der Messung der Investitionen und der Produktionskraft im Bereich der IKT noch weit hinter den USA zurückliegt, woraus eine zu niedrige Einschätzung der realen Produktivitätssteigerung in der EU im Verhältnis zu den USA resultieren dürfte. Diese Faktoren erklären zwar teilweise die Differenz bei den IKT-Ausgaben, jedoch hat es den Anschein, als ob ein realer Unterschied verbleibt. In Europa sind die IKT-Ausgaben jedoch nicht nur geringer als in den Vereinigten Staaten, sondern auch in ganz anderer Weise aufgeteilt.

Kristian Uppenberg (Volkswirt in der Direktion Wirtschaftsstudien und In-

formation der EIB) stellte fest, dass in Europa mindestens genauso viel für die Telekommunikation ausgegeben wird wie in den USA, dass jedoch in Europa die Ausgaben für Computer deutlich geringer sind. Wenn die aus den IKT-Ausgaben resultierenden wirtschaftlichen Nutzelemente auf Synergieeffekten aus dem Zusammenwirken von Computern und der Telekommunikation beruhen (wie beispielsweise im Falle des Internet), dann ist die europäische IKT-Strategie möglicherweise zu unausgewogen, um den vollen Nutzen aus der „New Economy“ zu ziehen.

In der zweiten Sitzung wurden die Bereiche Informationstechnik und Kommunikationssysteme eingehender betrachtet. **Pierre Montagnier** von der OECD gab eine klarere Beschreibung der genauen Bedeutung des Begriffs IKT-Branche. Anschließend ging **Harald Gruber** (Direktion Projekte der EIB) auf die Verbreitung der IT und auf die Frage ein, ob ein etwaiges Marktversagen zu einem zu niedrigen Investitionsniveau führen kann. In der „New Economy“, in der nur der Erfolgreiche überlebt, gelten unzureichende Finanzierungen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie zu niedrige Forschungs- und Entwicklungsausgaben (1,8% des BIP in der EU, verglichen mit 2,8% in

den USA) als Marktversagen. Ein dritter Faktor könnte ein Mangel an notwendigen Qualifikationen bei den Beschäftigten sein. Nach Ansicht von Herrn Gruber sollten die Regierungen die Aus- und Fortbildung, die Forschung und unternehmerisches Talent fördern.

Die effiziente Finanzierung neugegründeter Unternehmen scheint ein Schlüsselfaktor für den relativen Erfolg der Vereinigten Staaten beim Übergang zur „Informationsgesellschaft“ zu sein. In der dritten Sitzung, in der das Thema Finanzierungen erörtert wurde, beurteilte **Bernard de Longevialle** von Standard and Poor's die Auswirkungen des Internet auf die Tätigkeit der Banken. Seiner Ansicht nach wird das Internet-Banking rasch wachsen und sich zu einer Triebfeder des Strukturwandels im Finanzsektor entwickeln. **Herman Hauser** (der Gründer von Amadeus Capital Partners) äußerte sich vom Standpunkt eines Wagniskapitalgebers aus zur Kapitalangebotsseite. Er vertrat die Auffassung, dass die Schaffung eines günstigen Umfeldes für Wagniskapital auch bei dem vorhandenen institutionellen Rahmen lange Zeit in Anspruch nehmen kann; dies zeigt das Beispiel des Vereinigten Königreichs, das nicht wesentlich risikoscheuer als die USA ist.

Der heutige Erfolg des IT-Standorts („Cluster“) bei Cambridge, an dessen Gründung Hauser mitwirkte, stellte sich erst im Verlauf von mehr als zehn Jahren ein. Diese Transformation setzt die Herausbildung einer neuen Unternehmergeneration voraus, die das Ergebnis einer angemessenen Ausbildung sowie eines Wertewandels ist, der auf der Bildung von Privatvermögen sowie der Bereitschaft, ausländische Fachkräfte einzusetzen (ein Schlüsselement bei der Gründung und Entwicklung neuer Unternehmen im Silikon Valley), basiert.

IT-Clusters standen im Mittelpunkt der abschließenden Sitzung. **Danny Quah** von der London School of Economics zeigte, dass Europa bereits über eine erhebliche Zahl von Technologiezentren verfügt; diese sind hauptsächlich auf eine urbanisierte Wirtschaftsregion konzentriert, die sich auf einem schmalen Streifen von Südengland über die Beneluxstaaten und Südwestdeutschland bis nach Norditalien erstreckt. Die Tatsache, dass diese städtischen Gebiete eine große Zahl von Hightech-Firmen anziehen, ist durch den besseren Zugang zu spezialisierten Inputfaktoren und die Notwendigkeit einer unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen Hightech-Unternehmen und erfahrenen Experten bedingt. Theoretisch können die IKT die Bedeutung einiger dieser Faktoren, die zu einer geographischen Konzentration führen, vermindern, indem sie eine Senkung der Telekommunikationskosten bewirken und dadurch eine bessere Kommunikation zwischen weit voneinander entfernten Mitarbeitern ermöglichen. In der Praxis werden jedoch IKT-Produkte nach Auffassung von Herrn Quah normalerweise mit wachsenden Skalenerträgen assoziiert, was zu einer stärkeren Konzentration der Produktion führt.

Andrew Gillespie, James Cornford und Ranald Richardson (Universität Newcastle) stellten diese Gedanken mit Hilfe einer breiten Palette von Fallstudien in einem neuen Licht dar. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass der „Zwang zur Nähe“ möglicherweise auch in der IKT-Branche weiterbestehen wird, wobei hauptsächlich bei einfacheren Unternehmensfunktionen - beispielsweise bei der Kundenbetreuung und im Abwicklungsbereich - auf Telekommunikationsdienste zurückgegriffen wird. Dies kann dazu führen, dass in den Kernregionen der Informationsgesellschaft in zunehmendem Maße Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie Leitungs- und Kontrollfunktionen dominieren, die am

stärksten auf die Art von persönlicher Interaktion angewiesen sind, die Teamarbeit und Kreativität fördert.

Bas Ter Weel und Luc Soete (Universität Maastricht) untersuchten die Arbeitsmarktaspekte der neuen Technologien und vermittelten den Zuhörern ein beruhigendes Bild, indem sie auf frühere Entwicklungen zurückblickten. Die Befürchtung, dass neue Technologien Arbeitsplätze vernichten, wurde bereits in der Diskussion über die Automation in den 60er Jahren geäußert und kam auch im Delors-Weißbuch Anfang der 90er Jahre wieder zur Sprache. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass neue Technologien kein erhebliches Problem für die Arbeitsmärkte darstellen. Die IK-Techniken haben sich auf sämtliche Wirtschaftsbereiche und auf sämtliche Qualifikationsebenen – darunter auch den Arbeitsmarkt für Hilfskräfte und den Bereich „Telearbeit“ – ausgedehnt, erklärten die Redner. Wichtiger ist dabei, dass die Arbeitsmärkte hinreichend flexibel sind und dass eine geeignete aktive Arbeitsmarktpolitik verfolgt wird.

Welche Schlussfolgerung lässt sich also aus diesen Ausführungen ziehen? Neue Technologien wirken sich offensichtlich auf die Geschäftstätigkeit aus. Dies wird niemand bestreiten. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die IKT keine

Wunderlösung darstellen, die den Lebensstandard in den strukturschwachen Regionen plötzlich schneller an den EU-Durchschnitt anpassen. Mit anderen Worten: Die IKT alleine werden die chronischen Probleme Europas nicht lösen.

Damit der Wohlstand weiter zunimmt, müssen die europäischen Gesetzgeber die starren Arbeitsmarktgesetze lockern, die den Unternehmen die Einstellung und die Entlassung von Mitarbeitern erschweren – und in vielen Fällen die Weiterentwicklung motivierter Arbeitnehmer und die berufliche Nutzung neuer Qualifikationen behindern. Darüber hinaus muss Europa Arbeitskräfte heranbilden, die den im ständigen Wandel befindlichen beruflichen Anforderungen einer wissensbasierten Wirtschaft gerecht werden. Außerdem muss es mehr Geld in die Ausbildung seiner Menschen investieren. Es wird gewiss nicht billig und einfach sein, diese Änderungen herbeizuführen, denn genau dort stößt die Neue Wirtschaft auf eine alte Realität! ■

Direktion Wirtschaftsstudien und Information:

Kristian Uppenberg +352 4379 3435
k.uppenberg@eib.org

Patrick Vanhoudt +352 4379 3439
p.vanhoudt@eib.org





Erste Finanzierung für die kreative Industrie in Finnland

Der Europäische Investitionsfonds (EIF), der auf Risikokapitaloperationen spezialisierte Bereich der EIB-Gruppe, hat dem Venture Fund for Creative Industries einen Finanzierungsbeitrag von bis zu 16,5 Mio EUR zugesagt. Dieser Fonds wird in erster Linie in Nordeuropa investieren, und zwar in den Bereichen Sport, Fernsehen, Film und „neue Medien“.

Es handelt sich dabei um den ersten spezifischen Wagniskapitalfonds für diesen Bereich, dem die Europäische Union verstärkte Aufmerksamkeit widmet. Die Finanzierungszusage des EIF stellt einen wichtigen Durchbruch im europäischen Mediensektor dar.

„Der Markt für kreative Industrien dürfte die kommende Herausforderung für Wagniskapitalgeber sein. Es handelt sich dabei sicher um einen Bereich, in dem Europa viel bewirken kann“, so Walter Cernoia, Chief Executive des EIF.

Der neue Fonds ist in Finnland angesiedelt, einem Land, das mit vielen Innovationen zur Entwicklung des europäischen Wagniskapitalmarkts beigetragen hat. Wenn der Fonds erfolgreich ist, werden auch in anderen Ländern der Europäischen Union weitere auf kreative Industrien spezialisierte Wagniskapitalfonds gefördert werden.

Die EIB-Gruppe unterstützt den audiovisuellen Sektor in Europa

Entsprechend der Aufforderung durch den Europäischen Rat Lissabon (März 2000) hat die EIB-Gruppe einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf ihr neues, „Innovation-2000-Initiative“ („i2i“) genanntes Programm gelegt. Es soll Investitionen fördern, die die Entwicklung einer auf Wissen und Innovation basierenden Gesellschaft in Europa unterstützen. Das vor sieben Monaten eingeführte Programm hat sich schnell entwickelt. Bisher wurden Darlehen von etwa 2 Mrd EUR für die verschiedensten Bereiche genehmigt: Informationstechnik und Telekommunikationsnetze, Entwicklung des Humankapitals, Forschung und Entwicklung, Verbreitung von Innovationen und Entwicklung der unternehmerischen Initiative in innovativen KMU.

Im Dezember 2000 beschloss die EIB-Gruppe, im Rahmen von „i2i“ ein spezielles Teilprogramm einzuführen, das den gesamten audiovisuellen Sektor Europas abdeckt, d.h. sowohl Produktion, Distribution und Verbreitung von Filmen, Fernsehprogrammen und Musik als auch Entwicklung von Infrastrukturen für diesen Bereich und För-

derung von in diesem Sektor tätigen KMU.

Durch die Entwicklung und den Einsatz von neuen Finanzierungsprodukten in Zusammenarbeit mit dem europäischen Bankensektor will die EIB-Gruppe den Umfang der verfügbaren Mittel vergrößern und die Finanzierungsbedingungen verbessern, die den im audiovisuellen Sektor tätigen Unternehmen angeboten werden. Das Teilprogramm „i2i“-Audiovisuell wird zwei Formen annehmen: Gewährung von Darlehen durch die Europäische Investitionsbank zur Finanzierung mittel- und langfristiger Investitionen und Operationen unter Beteiligung ihrer spezialisierten Tochtergesellschaft, des Europäischen Investitionsfonds (EIF), zur Stärkung der Eigenkapitalbasis von KMU und zur Gewährung von Garantien.

Dieses Engagement der EIB-Gruppe kommt in drei verschiedenen, sich einander ergänzenden Bereichen zum Ausdruck. Zwei davon betreffen die Beteiligung des Bankensektors an der Bereitstellung von Finanzierungsmit-

teln für Unternehmen, der dritte die Entwicklung von Risikokapitalfonds, die auf die Bereitstellung von Wagniskapital für den audiovisuellen Sektor spezialisiert sind. Dadurch soll seine finanzielle Basis gestärkt werden, um ihn wettbewerbsfähiger zu machen, die Entwicklung der europäischen „Content“-Industrie zu fördern und die Einführung digitaler Technologien zu beschleunigen.

Konzentration auf den lang- bis mittelfristigen Finanzierungsbedarf von Unternehmen

Die EIB wird ihre Globaldarlehen (eine Art Kreditlinien) Banken zur Verfügung stellen, die sich auf die Finanzierung kleiner Unternehmen spezialisiert haben, die audiovisuelle Produkte oder Technologien schaffen oder als Subunternehmer großer Gruppen in diesem Sektor tätig sind. Bei Operationen, für die auch nationale oder EU-Zuschüsse zur Verfü-

gung stehen, können einige dieser Globaldarlehen durch Mittel aus Förderprogrammen für die Film- und Fernsehindustrie ergänzt werden. Die EIB prüft außerdem, ob gemeinsam mit den zwischengeschalteten Finanzinstituten Elemente der Risikoteilung und/oder externe Garantien in die Struktur von Globaldarlehen einbezogen werden können.

Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Bankensektor wird die EIB Finanzierungsmittel für große private oder öffentliche Gruppen aus den Bereichen Fernsehen sowie Produktion und Distribution audiovisueller Werke bereitstellen; diese können damit sowohl in die Infrastruktur (Studios, Digitalisierungseinrichtungen, Sendestationen usw.) als auch in die eigentliche kreative Produktion (Herstellung von Filmen und damit zusammenhängenden Produkten, Distribution von Werken und Katalogen) investieren. Je nach den Merkmalen der zu finanzierenden Projekte könnten in geeigneten Fällen auch strukturierte Finanzierungen erfolgen. Die EIB möchte die Entwicklung der Medienindustrie auf gesamteuropäischer Ebene fördern, bestimmte Schwächen dieses Sektors im Vergleich zur internationalen Konkurrenz beseitigen und die Aufnahme von Aktivitäten unterstützen, die sich positiv auf die zahlreichen KMU auswirken, die als Auftragnehmer der großen Gruppen tätig sind.

Förderung von Wagniskapitalfinanzierungen im audiovisuellen Sektor

Die EIB unterstützt auch den Bereich des Finanzsektors, der Wagniskapital für die Medienwirtschaft in Europa bereitstellt. Der EIF wird auf diesem sehr spezifischen Gebiet Kapitalbeteiligungen an neuen bzw. bereits bestehenden Wagniskapitalfonds übernehmen, die sich auf die Erhöhung der Eigenkapitalbasis von KMU im audiovisuellen Sektor spezialisiert haben. Als Dachfonds wird der EIF seine Aktivitäten damit auf einen Bereich ausweiten, in dem der Mangel an finanziellen Ressourcen und europaweit tätigen Unternehmen das Entstehen eines leistungsfähigen Risikokapitalmarktes behindert. Dieses innovative Konzept

wurde erstmals mit einer im Dezember 2000 zwischen dem EIF und dem Spezialfonds „Venture Capital for Creative Industries“ unterzeichneten Operation über 50 Mio EUR in die Praxis umgesetzt.

„i2i“ und „Media Plus“ - gemeinsam stärker

Das EU-Programm „Media Plus“, das mit 400 Mio EUR ausgestattet ist und eine Laufzeit von fünf Jahren (2001-2005) hat, soll in erster Linie die Zusammenarbeit von Unternehmen beim Aufbau einer gesamteuropäischen Medienwirtschaft fördern.

Vor diesem Hintergrund liegt der Schwerpunkt der in dem Programm angesprochenen Aspekte (Entwicklung, Verteilung und Förderung) auf der Unterstützung von Projekten, bei denen innovative Technologien zum Einsatz kommen, und auf Maßnahmen zur stärkeren internationalen Verbreitung von Werken mit europäischen Inhalten. Zugleich soll ein weiterer Aspekt des Programms, die Ausbildung, dazu beitragen, dass in der Medienbranche und im Finanzsektor Beschäftigte mehr Einsicht in den audiovisuellen Sektor und seine Besonderheiten erlangen.

Die Aktivitäten der EIB-Gruppe und die Maßnahmen im Rahmen des Programms Media Plus ergänzen sich daher. Einerseits fördern sie beide durch Darlehen und Zuschüsse Projekte in den Bereichen Entwicklung, Produktion und Distribution und Infrastrukturprojekte sowie das schnelle Wachstum von Unternehmen, die innovative Technologien einsetzen; andererseits unterstützen sie Fortbildungsmaßnahmen, die auf den audiovisuellen Sektor zugeschnittene Kenntnisse aus dem Bank- und Finanzwesen vermitteln, wobei von der EIB finanzierte Geräte und Räumlichkeiten genutzt werden. Dies geschieht in einem Rahmen, in dem der Finanzierungsbeitrag der EIB als Katalysator für die Bereitstellung weiterer Mittel dient.

Auf dieser Grundlage könnten die EIB-Gruppe und die Europäische Kommission durch komplementäre Kofinanzierungen, die EIB-Darlehen und Zuschüsse der Gemeinschaft miteinander verbinden, kreative Produktionen und die Entwicklung der audiovisuellen Industrie fördern.

Wie kann man Finanzierungen in Anspruch nehmen?

Die üblichen Verfahren der EIB gelten auch für Finanzierungen im audiovisuellen Sektor. Seit Dezember 2000 haben die EIB und der EIF bereits eine Reihe von Kontakten zu Medienunternehmen sowie zu Finanzierungseinrichtungen und Banken aufgenommen, die als zwischengeschaltete Institute die Mittel der EIB-Gruppe entweder in Form von Globaldarlehen oder über spezialisierte Wagniskapitalfonds an KMU weiterleiten könnten. Die ersten derzeit in Prüfung befindlichen Operationen lassen den Schluss zu, dass es im Rahmen des Programms „i2i“-Audiovisuell möglich sein wird, erhebliche finanzielle Mittel aufzubringen; die EIB-Gruppe wird anfänglich über 500 Mio EUR bereitstellen.

Durch die Vergabe von Einzeldarlehen direkt an den Projektträger oder an ein Konsortium von Geldgebern wird die Bank zur Finanzierung großer Projekte (mit Kosten von mindestens 50 Mio EUR) beitragen. Für die Beantragung eines Einzeldarlehens bei der EIB sind keine besonderen Formalitäten zu beachten. Die Projektträger legen der Bank lediglich eine detaillierte Beschreibung ihres Investitionsvorhabens und den voraussichtlichen Finanzierungsplan vor.

Bei Projekten, die aus Globaldarlehen finanziert werden sollen, setzen sich die Unternehmen direkt mit den Banken bzw. zwischengeschalteten Instituten in Verbindung. KMU, die ihre Eigenkapitalbasis durch den Rückgriff auf Risikokapital bzw. Beteiligungskapital stärken möchten, wenden sich direkt an die Spezialfonds. Um diese Kontakte zu erleichtern, wird eine Liste mit Angaben zu diesen zwischengeschalteten Instituten auf der Website der EIB (www.eib.org) und auf der des EIF (www.eif.org) kontinuierlich aktualisiert. ■

Henry Marty-Gauquié
Hauptabteilung Information und Kommunikation
+352 4379 3153
h.marty@eib.org



EIB-Informationen

ist eine periodisch in elf EU-Sprachen erscheinende Veröffentlichung der Hauptabteilung Information und Kommunikation der Europäischen Investitionsbank.

Der Nachdruck der in den EIB-Informationen erscheinenden Artikel ist gestattet. Um einen Quellenhinweis und um Übermittlung eines Belegexemplars wird gebeten.

**EUROPÄISCHE
INVESTITIONSBANK**
100, bd Konrad Adenauer
L - 2950 Luxemburg
Tel.: +352 4379-1
Fax: +352 43 77 04

Internet <http://www.eib.org>
E-mail: info@eib.org

*Hauptabteilung für Finanzierungen in
Italien, Griechenland, Zypern und Malta*
Via Sardegna, 38
I - 00187 Rom

Tel.: +39 - 06 4719-1
Fax: +39 - 06 42 87 34 38

Athen
364, Kifissias Ave & 1, Delfon
GR - 152 33 Halandri/Athen

Tel. +30 (1) 682 45 17-9
Fax +30 (1) 682 45 20

Berlin
Lennéstrasse, 17
D - 10785 Berlin
Tel. +49 (0) 30 59 00 479 - 0
Fax +49 (0) 30 59 00 47 99

Lissabon
Regus Business Center
Avenida da Liberdade, 110-2°
P-1269-046 Lissabon
Tel.: +351 - 21 342 89 89 oder 21 342 88 48
Fax: +351 - 21 347 04 87

London
68, Pall Mall
London SW1Y 5ES
Tel. +44 (0) 207 343 1200
Fax +44 (0) 207 930 9929

Madrid
Calle José Ortega y Gasset, 29
E - 28006 Madrid
Tel. +34 - 91 431 13 40
Fax +34 - 91 431 13 83

Büro Brüssel
Rue de la Loi, 227
B - 1040 Brüssel
Tel. +32 (0) 2 235 00 70
Fax +32 (0) 2 230 58 27

Layout: Marlène Hignoul
Studio 352

Fotos: Bildarchiv EIB, Stone,
ImageBank, Fotostock,
La Vie du Rail (*Recoura*),
Öresundskonsortiet,
Europäisches Parlament,
Konrad Scheel

Gedruckt in Luxemburg von Buck
auf Papier „Arctic Silk“, hergestellt
nach „Nordic Swan“-Normen



QH-AA-01-001-DE-C

Ernennungen

Hauptabteilung Kapitalmärkte

Im Dezember 2000 trat Barbara Bargagli-Petrucci die Nachfolge von Jean-Claude Bresson, der in den Ruhestand ging, als Direktorin der Hauptabteilung Kapitalmärkte in der Direktion für Finanzen an.

Frau Bargagli-Petrucci kam 1994 als Abteilungsleiterin in der Hauptabteilung Kapitalmärkte zur EIB

und wurde 1999 zur stellvertretenden Direktorin der Hauptabteilung Kapitalmärkte ernannt.

Stationen ihrer beruflichen Laufbahn waren vier Jahre bei der Deutschen Bank im Bereich Unternehmensfinanzierungen und zehn Jahre bei der Credit Suisse First Boston als Leiterin der Hauptabteilung Kapitalmärkte und Konsortialgeschäfte in Frankfurt.



Barbara Bargagli-Petrucci

Hauptabteilung Informationstechnik

Mitte März 2001 trat Luciano Di Mattia als Direktor der Hauptabteilung Informationstechnik in die EIB ein.

Luciano Di Mattia war lange Zeit für Q8 Kuwait Petroleum in Italien und Q8 Kuwait Petroleum International in Kopenhagen und London tätig.

Er begann seine berufliche Karriere als Projektmanager eines all-

gemeinen Rechnungslegungsprojekts des Konzerns für Europa und wurde nach der Fusion zwischen Q8 und Mobil mit der Leitung des Bereichs Systemplanung, Kontrolle und Entwicklung betraut. Im Anschluss daran war er als Leiter des Bereichs Informationssysteme des Konzerns für die IT-Strategie des Unternehmens zuständig und koordinierte zuletzt als Projektmanager für Systeme zur Marketingunterstützung internationale Teams in mehreren europäischen Ländern.



Luciano Di Mattia

Sir Denys Lasdun, der Architekt des EIB-Gebäudes, gestorben

Sir Denys Lasdun, der Architekt des Gebäudes der EIB in Luxemburg, ist im Januar 2001 im Alter von 86 Jahren gestorben.

Sir Denys Lasdun ist einer der herausragendsten Protagonisten der architektonischen Moderne in England.

Von den zahlreichen bedeutenden Gebäuden, die er in seinem Leben entworfen hat, erachtete er die Europäische Investitionsbank als eines von drei (die anderen beiden sind das Royal College of Physicians und das National Theatre in London), die am besten den von ihm in der Architektur verwendeten Ansatz wiedergeben. Er mochte das Gebäude der Bank vor

allem aufgrund seiner „demokratischen Monumentalität“ - wie er selbst es ausgedrückt hat.

Das Hauptgebäude der Bank wurde 1980 eingeweiht, der Erweiterungsbau im Jahr 1995.



Sir Denys Lasdun